

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 25. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anarchistische Phrasen.

Eine stark besuchte Versammlung von Mitgliedern der hiesigen lokalorganisierten Gewerkschaften, über die wir an anderer Stelle ausführlicher berichten, hat nach einem Vortrage Dr. Friedebergs eine Resolution angenommen, an der wir als einer Kundgebung gegen die Taktik und die Grundzüge unserer Partei nicht achtlos vorübergehen können. Der Vortragende selbst bezeichnete seine Ansichten mit dem Namen Anarcho-Sozialismus und der Kernpunkt der angenommenen Resolution, die von der Leitung der erwähnten Gewerkschaften vorgelegt wurde und deshalb nicht als Gelegenheitsprodukt angesehen werden kann, ist die Ablehnung der politischen Aktion. Die Versammlung stellte sich also mit ihrem Referenten auf den anarchischen Standpunkt. Die Resolution leidet ja trotz ihrer sorgfältigen Vorbereitung an einer argen Unklarheit, das ist aber nicht zu verwundern, da man überhaupt nur auf solchen Standpunkt kommen kann, wenn man sich über die Bedingungen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse im unklaren ist. Während die Resolution die Bedingung aufstellt, der Klassenkampf dürfe kein politischer sein, erhebt sie den Vorwurf, das deutsche Proletariat habe unter dem Einfluß des dogmatischen Marxismus seine Kraft vornehmlich der Umänderung der ökonomischen Verhältnisse gewidmet. Die Behauptung ist falsch und der Vorwurf zugleich ein Widerspruch gegen die Forderung, daß der Klassenkampf kein politischer sein dürfe.

Die Behauptung ist falsch. Das Programm der sozialdemokratischen Partei stellt den Satz auf: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf.“ Die Aktion des in der sozialdemokratischen Partei organisierten Proletariats ist ständig darauf gerichtet, durch die politische Aktion politische Freiheiten zu erkämpfen und die politische Gewalt im Staate zu erobern. Wenn und soweit sie dabei auch auf die Umwandlung der ökonomischen Verhältnisse gewirkt hat, so braucht das doch keinen Anlaß zum Vorwurf zu geben im Munde von Leuten, die den politischen Kampf verwerfen und sich obendrein als Vertreter des Sozialismus bezeichnen und seine Ziele jetzt schnell durch Aenderung der Taktik erreichen wollen. Ist doch die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse wesentlicher Inhalt des Sozialismus und die Verwirklichung des ideellen Gehalts des Sozialismus, die geistige und sittliche Befreiung der Arbeiterklasse an die ökonomische Befreiung als notwendige Voraussetzung gebunden. Und sollte der Ton des Vorwurfs darauf liegen, daß der bisherige Kampf der Arbeiterklasse lediglich der ökonomischen Veränderung gegolten habe, so ist auch das falsch. Die Arbeiterklasse hat sowohl in ihrer politischen als auch in ihrer gewerkschaftlichen Organisation nach Kräften auch für ihre geistige Befreiung gekämpft, sie hat ihre Kraft für alle Bestrebungen des geistigen und sittlichen Fortschritts eingesetzt.

Die Resolution will den Klassenkampf seines politischen Charakters entkleiden, will aber mit Hilfe des Streiks die Klassenherrschaft beseitigen. Darüber, wie die Klassenherrschaft ausgetübt wird, gleitet die Resolution ebenso hinweg, wie darüber, was auf die Klassenherrschaft folgen soll. Für jeden, der nicht an die Stelle klaren Denkens eine unklare Resolutionsromantik setzt, liegt es auf der Hand, daß die Klassenherrschaft repräsentiert wird durch die organisierte Staatsgewalt, die Bürokratie und die Parlamente, die über die Machtmittel des Staates verfügen. Sie sind mittelbar und unmittelbar unter dem Einflusse und in den Händen der Kapitalistenklasse. Die Klassenherrschaft kann nur gestürzt werden, indem das Proletariat die Herrschaft über die Machtmittel des Staates erobert. Selbst wenn man von den Mitteln hierzu, von der Taktik, absieht, handelt es sich also um einen politischen Kampf, den Kampf um die politische Macht im Staate. An die Stelle der jetzt den Staat beherrschenden Kapitalistenklasse muß das demokratisch organisierte Volk treten, die Herrschaft der Mehrheit an Stelle der Minderheitsherrschaft; das Selbstbestimmungsrecht des Volkes muß an die Stelle der Bevormundung durch eine Clique treten. Das setzt aber voraus, daß eine Mehrheit vorhanden ist, fähig und willens, von ihrem Rechte und ihrer Macht Gebrauch zu machen. Wie denkt man sich die Ausübung der Volksherrschaft, wenn eine indifferente, unaufgeklärte Masse, die den Druck der Bevormundung noch gar nicht empfindet, die auf Kommando ihrer Herren zur Wahlurne geht und stimmt, wie der Herr befiehlt, wenn eine solche Masse doch wieder die Herren auf den Schild erhebt? Selbst angenommen, es gelänge einer Minderheit, durch revolutionäre Akte die Staatsgewalt an sich zu reißen, was wäre gewonnen, wenn die Mehrheit sie im Stiche läßt, sobald sie zur ersten Wahl nach dem Entscheidungskampfe aufgerufen wird?

In Rußland kämpft zurzeit das Volk einen heroischen Kampf um ein Mindestmaß von politischer Freiheit. Man kann nicht heldenmütiger kämpfen, nicht mehr Opfer bringen, als die russischen Proletarier, deren Kampf zudem unterstützt wird durch die Intelligenz. Daß sie die Klassenherrschaft durch den gegenwärtigen Kampf beseitigen könnten, wird niemand behaupten wollen. Es kann sich nur darum handeln, ein Maß von politischer Freiheit zu erringen, mit dessen Hilfe der Kampf um Beseitigung der Klassenherrschaft wirksamer als bisher geführt werden kann. Auch wir können nur so kämpfen, daß wir a l l e vorhandenen Mittel zum Befreiungskampfe benötigen. Wir würden uns selbst die Hände binden, wollten wir auf die Mittel des politisch-parlamentarischen Kampfes verzichten und das Proletariat mit der Idee des Generalstreiks im Sinne dieser Resolution blenden. Das hieße nicht, die Köpfe revolutionieren, sondern sie verwirren. Die Köpfe revolutionieren, das heißt, die Arbeiter zum Selbstbewußtsein zu erziehen, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, wie empörend das System der Behor-

mungung mündiger Männer durch eine kleine Clique Herrschender ist, sie lehren, politische Rechte und Freiheiten zu schätzen und zu ihrem Vorteil zu gebrauchen, sie über die Ursachen ihres Elends, über die Ausbeutung und deren offene und geheime Wege aufzuklären und ihnen zu zeigen, auf welchem Wege sie die politische Bevormundung und die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigen können. Diesen Weg muß man aber selbst erst kennen, wenn man ihn ändern zeigen will. Die Resolutionsmacher vom Koenigsplatz zeigen durch ihre Resolution nur, daß sie selbst über das Stadium unklaren Fühlens noch nicht hinausgekommen sind. Sie schädigen den Befreiungskampf des Proletariats durch den Rat, auf die bisherigen Kampfmittel zu verzichten. Revolutionäre Lebensarten tun's nicht. Nur in langsamer, zäher Arbeit unter Benutzung aller gebotenen Mittel kann die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele gelangen; jede neue erzwungene Position muß ihr wieder zur Waffe werden, mit der sie endlich die Klassenherrschaft brechen und die Ausbeutung beseitigen kann. Möglich, daß auch der Generalstreik einmal ein Mittel sein kann, neue Vorteile zu erringen, die Rechte des Proletariats zu erweitern, aber auch dann würde es diese wieder nur benutzen können, weiter zu kämpfen, also politisch zu kämpfen, bis die Mehrheit des arbeitenden Volkes seinen Vorwärtsschritt folgt. Erst dann wird es imstande sein, die Staatsgewalt dauernd in Besitz zu nehmen und dann unter freien politischen Einrichtungen nach demokratischen Grundzügen sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Des einen Friedeberg wegen wäre diese Erörterung überflüssig gewesen; der 3000 Arbeiter wegen jedoch, die seiner Resolution zugestimmt haben, war es notwendig auszusprechen, daß sie sich von anarchistischen Phrasen haben blenden lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August.

Konservative Hochverräter.

Ueber eine neue „Mainlinie“ stellt Frhr. v. Jellich, der Allweltsintrigant, im „Sächsischen Tag“ Betrachtungen an. Er weist darauf hin, daß in den Südstaaten sich das Wahlrecht demokratisiere, umgekehrt diesseits des Rheins den Massen das Wahlrecht entzogen bleibe oder immer mehr entzogen werde: Dort Bayern, Baden, Hessen — hier Sachsen, Lübeck, Hamburg, Preußen. Das preussische Dreiklassenwahlrecht sei unantastbar, selbst der Freisinn habe sich auf seinen Boden gestellt.

Aus diesen akademischen Betrachtungen springt nun plötzlich folgende dunkle Drohung heraus:

„Die Pflicht Preußens, sich bereit zu halten, nötigenfalls für die Erhaltung des Deutschen Reiches das zu leisten, was es für dessen Gründung geleistet, das gebietet die volle Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts, und zwar in durchaus leistungsfähiger Gestalt.“

Was heißt das? Durch die verschiedenen Richtungen der Wahlrechtsbewegung diesseits und jenseits des Rheins — das ist der Gedankengang — werde die Einheit des Deutschen Reiches in Frage gestellt. Gegen diese Gefahr müsse Preußen das leisten, was es zur Gründung der deutschen Einheit geleistet habe. Das bedeutet im Sinne der Jellich: Konterrevolutionärer Staatsstreik, Wahlentziehung, gewaltsame Annexion, Krieg. Diese „Leistungen“ Preußens sollen also wiederholt werden. Will sagen: „nötigenfalls“ oktroyiert Preußen dem Reich das Dreiklassenwahlrecht auf, „nötigenfalls“ zwingt es auch die Südstaaten, das Dreiklassenwahlrecht anzunehmen, „nötigenfalls“ durch Krieg und Annexion.

Keinen anderen Sinn kann die Andeutung dieses skrupellosen Abenteurers haben: Die hochverräterische, gewaltsame „Einigung“ Deutschlands auf der Grundlage der absoluten Junkerherrschaft und der preussischen Duma!

Nachdem er den verbrecherischen Gedanken hat aufblitzen lassen, lenkt er freilich am Schluß scheinbar ins Harmlosere und regt an, daß die Bundesregierungen sich gegenseitig verständigen mögen, auf die gleiche Weise das Proletariat zu entrechteten und keinerlei „revolutionäre“ Seitensprünge zu machen.

Aber Herr v. Jellich hat doch den Nihil nicht ganz unterdrücken können, unter der Maske, mit der vielerlei Stimme gleichsam, einmal auszukreischen, was in gewissen Kreisen unablässig geplant wird! Die preussische Gefahr, der Abgrund der Junkerherrschaft, tut sich in jener frechen Andeutung auf, eine aufreizende Warnung und Mahnung für das sozialdemokratische Proletariat, die wirkliche Einheit des deutschen Volkes im politischen Kampf zu erzwingen, zu erzwingen!

Das Konzil zu Straßburg.

Straßburg, 23. August. (Fig. Ver.)

Die geschlossene Versammlung, die heute vormittag stattfand, bot mancherlei Interessantes. Wir denken hierbei nicht an die Debatte über Bildungswesen, wenn es auch dem Publikum vergönnt war, die Bekanntheit einiger weiterer „Größen“ des Zentrums zu machen. Herr Chefredakteur Dr. Cardanus von der „Kölnischen Volkszeitung“ referierte und hatte als ständigen stützenden Diskussionsredner den fassam bekannten Abg. Dr. Borsch, der jeden Augenblick in die Debatte eintritt. Die Ausführungen, die über das katholische Korporationswesen an den Universitäten gemacht wurden, beweisen, welche Bedeutung man in kirchlichen Kreisen diesen Organisationen beimißt. Sehr wertvoll waren und aber die Debatten über Tarifverträge, deren Ausbau ein vom Ausschuss angenommener Antrag befristete. Hier traten die Konfessionen in Erscheinung, die früher oder später die Zentrumsparthei spalten müssen oder aber sie auch offiziell ins reaktionäre Lager sans phrase überführen

werden, sodas auch der letzte Arbeiter ihr den Rücken kehrt. Zunächst zeigte sich das, als auf der einen Seite Herr v. Savigny die Selbsthülfe der Arbeiter als Anarchie bezeichnete, während einige christliche Gewerkschaftsfunktionäre diese Selbsthülfe erklärten und ihre Notwendigkeit nachwiesen. Aber auch in diesem Nachweis zeigte sich klar und deutlich die Unmöglichkeit Arbeiterpolitik zu treiben ohne Anerkennung des Klassenkampfes — wie die Herren sagen, „auf christlichem Boden“. Denn nicht ohne Bemühen baten sie flehentlich, die katholischen Arbeitgeber mögen doch aufgeklärt werden, und zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter getrieben werden, denn manche bewilligten noch lieber eine Lohnerhöhung, als daß sie den Gedanken faßten, mit den Arbeitern überhaupt unterhandeln zu können! Und dieses Gefühl sozialer Ueberlegenheit ist sicher das bezeichnendste Merkmal des Klassenkampfes, vor dem auch das Gefühl religiöser Gemeinschaft weichen muß. Die verständnislos ein großer Teil der Versammelten diesen Fragen gegenüber steht, beweist zur Genüge die fast amüsante Tatsache, daß dieselben Leute Savigny und den Gewerkschaftsfunktionären Bernerius-Nachen und Schiffer-Krefeld applaudierten.

Erwähnenswert sind aus dieser Morgenversammlung noch die Mitteilungen des Gewerkschaftsfunktionärs Schiffer-Krefeld über die künftige Taktik der christlichen Gewerkschaften. Zu entnehmen ist aus seinen Andeutungen die Ankündigung, daß die christlichen Gewerkschaften von einem Zusammenarbeiten mit den freien Gewerkschaften abgehen wollen, daß sie bei den Arbeitgebern dahin bringen wollen, nur christlich organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Allerdings dürften die „Christlichen“ bei diesem Verhältnis schlechter bestehen als die freien.

Mit einer hübschen Komödie begann die öffentliche Nachmittags-Versammlung. Der päpstliche Nuntius in München, sowie die Bischöfe von Speyer und Lugern wurden erwartet. Plötzlich, als die Herren, nur den Bewohnern der Präsidialtribüne, sichtbar waren, wandte sich ein dort befindliches Mitglied des Bureaus mit der ungeriesten Geste an das Publikum, Beifall zu spenden. Und der Beifall kam — spontan! Dann begrüßte der Nuntius die Versammlung in einer längeren lateinischen Ansprache, deren vorher geschriebene Uebersetzung der präsidierende Erbprinz nachher vorlas. Der Nuntius ist nichts weniger als gewinnend. Zuweilen spielt er in Wienenspiel und Bewegungen geradezu Theater. Er erteilte der Versammlung im Auftrage des Papstes den apostolischen Segen.

Nun folgte ein furchtbar eintöniger Vortrag des Abg. Koeren-Köln über das Thema „Der Kampf gegen die Unfruchtbarkeit in Schrift und Bild“. Herr Koeren pouffiert — mit Verlaub zu sagen — mit der Unfruchtbarkeit. Er sucht sie, so sagt er, zu vernichten, spricht aber soviel von ihren Auswüchsen und — horribile dicta! — von seiner interessanten Sammlung von Unzuchtigkeiten, daß er bei seinen Hörern eine schwüle Stimmung erzeugt, wenigstens bei den Hörern des Katholikentages. Ein Kollege erzählte uns während der Rede, er habe nie so „schöne“ Dinge erlebt als auf dem Kölner Katholikentag nach Koerens Rede. Ob sich diese Erfahrung auch hier bestätigt hat, wagen wir nicht zu behaupten. Aber es gibt auch sicher keinen größeren Sinnfidel als Koerensche Predigten. Wenn dieser unscheinbare Mann, von dem man glauben möchte, er habe nie lachen gelernt, von der „erklaften Rücksichtslosigkeit“ spricht, mit der medizinische, humanitäre Erörterungen öffentlich gepflogen werden, so erscheint er als der Typus des Dunkelmannes. Im übrigen erklärte er, ohne eine neue lex Heinze-Episode anzukündigen, daß diese Bestrebungen neue Freunde gefunden hätten. Die Rede kam allerdings die Herren vom Vorstand nicht allzusehr interessiert haben, wenigstens las der Vorsitzende Erbprinz zu Löwenstein angelegentlichst unser Parteiblatt, die „Freie Presse“, und der Abg. Wellstein tat ein Gleiches.

Ein äußerst interessanter und geschickter Redner, ein feiner und kluger, ja sogar ein moderner Kopf ist Kanonikus Prof. Dr. Meyenberg-Luzern, der über „die Pflicht der Anteilnahme der Katholiken an Wissenschaft und Kunst“ sprach. Wir wissen nicht, ob alle Theologen mit seiner Auffassung einverstanden sind. Aber seine Darstellung ist ein erneuter Beweis der Anpassungsfähigkeit der Kirche an die Bedürfnisse der Zeit, und in diesem Sinn ist es wohl nicht zufällig geschehen, daß gerade dieser Theoretiker und der vielleicht nicht unbedeutendere, wenn auch mehr als Agitator tätige P. Kuracher die modernsten und daher schwierigsten Fragen zu behandeln hatten. Der Redner bewies die Pflicht der Anteilnahme der Katholiken an Wissenschaft und Kunst — wie jeder Theologe alles beweist — mit Bibelzitierten. Die Bibel ist in ihrer Weitherzigkeit und Vielseitigkeit außerordentlich geeignet, jede Schwärzung der Kirche zu rechtfertigen, wie ja, wenn wir nicht irren, Banderbelde schon einmal sagte, die Kirche würde einst durch Bibelzitierte beweisen, daß sie immer für eine sozialistische Gesellschaft eingetreten sei. Heute ging der Redner von dem Satz aus: subiecit terram und überfegte ihn — modern und allerdings frei —: Unterwerfet Euch die Erde durch Wissenschaft, Fortschritt und Kultur! Die Ausführung dieses Gedankens war herborragend, namntlich methodisch. Ueber-

Haupt-Hallen sich alle geistlichen Redner in ihrer Auseinander-
setzung genau an Cicero. Leider wurde die Wirkung dieses
Meisterstückes aufgehoben durch eine abscheuliche und abscheulich
vorgetragene Rede des Jesuiten P. Diez über den Bonifatius-
verein. — Morgen finden die letzten Versammlungen statt. —

Aus dem am Donnerstag beendigten Verhandlungen des
Katholikentages seien noch einige Ausführungen Rocrens wieder-
gegeben, die wieder recht eindringlich die kirchliche Tendenz zeigen.
Mit dem berechtigten Kampf gegen die Obrigkeiten — die aber
doch seit jeher unter Strafe gestellt sind — vereinen sich gewisse
Kapuzinaden gegen wissenschaftliche Behandlung geschlechtlicher
Fragen, gegen enge Kassenangehörigkeiten über Liebe und Ehe, gegen
nocte Kunst und freie Literatur. Ja, Herr Rocrens entblüdete sich
nicht, schwere Beleidigungen, Beschimpfungen gegen manche Frauen-
rechtlerinnen öffentlich auszusprechen, noch dazu unter großer Ent-
stellung der Zuhörerinnen. Man höre:

Die kirchliche Absurdität jener Schriften und Photographien sei
kaum zu übersehen. Er habe zahllose Proben davon und ebenso
von der schamlosen Literatur. Die Eindrücke, die diese Sachen
hinterließen, segten sich fest in der Phantasie namentlich der heran-
wachsenden Jugend und seien so stark und nachhaltig, daß schließlich
jeder Widerstand gebrochen werde, die Sünde ihren Einzug halte
und der Boden vorbereitet werde für die Pflanz des späteren Lebens.
Aus den Bekennnissen zahlreicher Angelegter gehe hervor, daß die
ganze Reize ihrer späteren Vergehen und Laster angeknüpft sei an
die unzüchtige Literatur ihrer Jugend. Die Verbreitung der unzüch-
tigen Sachen ist eine ungeheure. Es existiert eine ganze Anzahl von
Verlagsanstalten und Ateliers, die sich ausschließlich mit der Herstellung
solcher Dinge beschäftigen und davon glänzende Einnahmen haben.
Vollen von Photos obduzierter Art gehen das ganze Jahr hinaus an
Händler, Zwischenhändler und Kolportiere. Dazu kommt noch die
begehrte Karte, mit der die Sensationspresse in letzter Zeit über
gewisse Prozesse und über wissenschaftlich-hygienische
Kongresse berichtet. (Sehr richtig! Weisfall.) Aber das aller-
bedauerlichste ist und bleibt doch, daß an solchen Kongressen Frauen
teilnehmen und auf ihnen das Wort ergreifen, ohne eine Spur von
Scham zu haben. (Sehr wahr! Lebhafter Weisfall.) Zur Kennzeichnung
des tiefen sittlichen Niveaus dieser... Weiber — ich kann sie nicht
andere bezeichnen — (Stürmischer Weisfall) dienen Ihnen zwei Sätze
aus Reden, die sie auf einem dieser Kongresse lezthin
gehalten haben. Da hat die eine geäußert: „Für eine Frau
von Selbstachtung ist es heute unmöglich, die Ehe einzugehen.
Die Achtung vor sich selbst läßt ihr nur den Ausweg der
freien Liebe offen.“ (Stürmischer Weisfall) und die andere: „Wir haben ein Recht
auf Rattenfleisch, einerlei wie sie erworben wird! (Erneute Stür-
mische) Und es entspricht nur der in diesen Worten zum Ausdruck
kommenden Ehren- und Göttermoral, wenn fast im gleichen Atem-
zuge die niedrigste Prostitution als ein ehrliches (?), berechtigtes und
hochsittliches (?) Gewerbe bezeichnet wird, das zu erhalten und aus-
zubauen der Staat ein lebhaftes Interesse habe und dessen Ansehen
durch salonmäßige Ausstaffung zu heben seine vornehmste Pflicht
sein müsse (Weiterer Weisfall, Stürmischer Weisfall), es entspricht dies
nur der Auffassung, die die beiden Rednerinnen über ihre
eigene Stellung in der Gesellschaft haben. (Großer Weisfall.) Aber
sicherlich muß man, daß solche Beleidigungen des Sittlichkeits-
bewußtseins öffentlich auf einer Versammlung sogenannter gebildeter
Männer erfolgen dürften, ohne daß die frechen Rednerinnen hinaus-
gewiesen wurden. (Sehr richtig! Stürmischer Weisfall.)

Was wir wollen, ist die Freiheit der Kunst, ihre Be-
freiung von ihrem größten Feinde, dem Schmutz, der die wahre
Kunst in die Gasse zieht, sie entehrt und sie zur Dienerin der Gemein-
meinheit herabwürdigen will. Das ist keine Anebelung, sondern die
Richtung vor der Kunst. Und die, die democh etwas anderes darin
sehen, zeigen nur, daß sie kein Verständnis für die wahre Kunst
haben. (Stürmischer Weisfall.) Zu den schlimmsten Auswüchsen der
unzüchtigen Literatur gehört an erster Stelle die ganze pseudo-
medizinische Weltliteratur. Der unter dem Namen „Sex-Heilung“
bekannte Gesehenswert war bestimmt, dieser Reformbedürftig-
keit Rechnung zu tragen. Er ist aber nach den bekannten
Vorurteilen gezeichnet und es wird daher wohl nicht an-
zunehmen sein, daß sobald eine Reform kommt aus Gründen, die ich hier
nicht erörtern möchte, weil ich sonst schlimme Vorwürfe gegen diejenigen
erheben möchte, die gerade auf diesem Gebiete sich nicht lässig zeigen
sollten. (Sehr richtig! Weisfall.) Die Hauptsache ist: läßt sich das
Publikum den Schmutz gefallen, geht es teilnahmslos daran vorüber,
dann werden die Behörden allsehr geneigt sein, sich passiv zu ver-
halten. Reizt das Publikum aber, daß es sich beleidigt fühlt und
daß es nicht gewillt ist, derartige Anpreisungen widerprüchlich über
sich ergehen zu lassen, so werden die Behörden schließlich einschreiten
müssen. Und deshalb ist eine Organisation gegen den Schmutz nötig,
wie wir sie ins Leben gerufen haben.

Nach dem Blutbade.
Rom, den 20. August. (Eig. Ver.) Die weiteren Nach-
richten aus Granmitale vermehren noch den schrecklichen Ein-
druck der ersten. Bis jetzt sind bereits 14 Tote zu beklagen,
der Zustand von 12 Verwundeten ist hoffnungslos. Außer-
dem befinden sich 150 Verwundete in ärztlicher Behandlung,
und die Ärzte, die auch aus den benachbarten Städten herbeige-
weilt sind, glauben, daß viele Verletzte sich aus Furcht vor
den Gerichten zu Hause selbst behandeln, was natürlich eine
neue Gefahr darstellt.

Nach offiziellen Nachrichten wurden 66 Schiffe abgegeben;
da es sich um Mitraillegewehre handelt, bei denen jeder
Schuß 11 Kugeln enthält, so bedeutet das, daß auf eine
billig unbewaffnete Menge 726 Kugeln ab-
gegeben wurden. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß
dies außer in Rußland in keinem europäischen Lande mög-
lich wäre.

Das Ministerium des Innern hat zur Unterstützung der
betroffenen Familien — 200 Lire geschickt, kaum so viel, wie
es für Munition zur Repetition verausgabt hat. Daran, den
Polizeikommissar Vasilio in Gewahrsam zu bringen, hat
man noch immer nicht gedacht. Der sozialistische Abgeordnete
de Felice hat telegraphisch wenigstens seine Entfernung
aus der Stadt gefordert, da es die Selbstbeherrschung des
Landvolkes auf eine allzu harte Probe stellen heißt, wenn
man den Schuldigen auf seinem Fuße an dem Ort seiner
Verbrechen beläßt.

Daß bei einigem guten Willen das fürchterliche Unglück zu
vermeiden gewesen wäre, wird recht deutlich illustriert durch
die Nachrichten, die der hiesige „Messaggero“ heute aus
Ariena (Provinz Rom) erhält, wo eine viel ernstere und
gewalttätigere Revolte am 18. d. M. ohne Blutvergießen
überstanden wurde. Am frühen Morgen drangen 300 Land-
arbeiter in das Rathaus und forderten die Entfernung des
Regierungskommissars, der wegen Auflösung des Gemeinderats
zeitweilig die Leitung der Ortsverwaltung in Händen hat.
Es war nämlich im Orte gefagt worden, daß der Regierung-
skommissar den Gemeindevorstand verkaufen wolle. Der Beamte
stellte dies auf das bestimmteste in Abrede, verließ aber
trotzdem das Rathaus, da er die erregten Menschen
nicht beruhigen konnte. Am Nachmittag kam es dennoch zu
einer neuen Demonstration. Die Menge bewarf die Polizisten
und Karabinieri mit Steinen, auch die städtischen Schulleute
wurden angegriffen und gegen sie zwei Revolverschläge ab-
gegeben. Die Angegriffenen antworteten, indem sie
in die Luft schossen. Gegen Abend, nachdem die Bürger vom
Unterpräfekten von Velletri die feierliche Versicherung er-
halten hatten, daß der Gemeindevorstand nicht verkauft werden

würde, beruhigten sich die Geister. Die Polizisten blühten
zwar nicht auf ein so ruhmvolles Leichenfeld, wie in Gran-
mitale, wohl aber waren vier von ihnen mehr oder weniger
schwer verletzt. Ob ihre Mäßigung und Besonnenheit wohl
Anerkennung findet?

Die Protestversammlungen gegen die Repetition von Gran-
mitale werden zum großen Teil verboten.

Deutsches Reich.

Dunkle Kavallerietrafen. Gestern berichteten wir unter Tele-
gramm:

Darmstadt, 23. August. (V. G.) Nach hier eingelaufenen
Nachrichten hat gestern nachmittags auf dem Truppenübungsplatz
Seime bei Paderborn ein bayerisches Manoeurregiment das heftige
Dragonerregiment Nr. 23 in einer scharfen Attacke überritten, so
daß eine große Anzahl Mannschaften und auch der Kommandeur
des heftigen Regiments getötet und zum größeren Teil verletzt
worden sind. Eine große Verwirrung wurde angerichtet. Einzel-
heiten fehlen noch.

Nach dem Privattelegramm des „V. T.“ wurden die beiden
heftigen Dragonerregimenter teilweise von den bayerischen Dragonern
in einer Attacke überritten. Die beiden Kommandeure sowie der
Brigadeführer und eine Anzahl Dragoner stürzten und erlitten teils
leichte, teils schwere Verletzungen. Oberleutnant Bernuth erlitt
einen Beinbruch, andere wurden durch Lanzenstiche verwundet. Ein
bayerischer Soldat erlitt eine Gehirnerschütterung. Zahlreiche Pferde
wurden getötet.

Dagegen wird aus München telegraphiert:
Ueber einen Mordverursach bei Paderborn, bei dem ein
bayerisches Manoeurregiment das heftige Dragonerregiment Nr. 23
überritten haben soll, ist nach beim hiesigen Kriegsminister-
ium eingezogenen Erkundigungen absolut nichts bekannt. Der
Unfall scheint sich, sofern überhaupt ein Unfall vorliegt, auf den
Sturz einiger Pferde zu beschränken, was ja bei den Übungen
der Kavallerie gerade keine Seltenheit ist.

Was ist nun Wahrheit? Man las außerdem, daß der Kaiser
bei seinem bayerischen Manoeurregiment das Festland einge-
nommen habe.
Oben diese strategisch im Ernstfalle sinnlos mörderischen
Kavallerietrafen wirklich zu solch blutigem „Sieg“ geführt, so
wäre das so, als ob man künstlich Eisenbahnzusammen-
stöße herbeiführt. —

Die deutschen Hofnude der russischen Barone. Mit den in
Königsberg gekauften Söldlingen der baltischen Barone ist ein Leser
der „Königsberger Volkszeitung“ bis Jüterburg zusammengefahren.
Er teilt folgendes mit: Die Söldlinge haben ihm mitgeteilt, daß sie
zu je vier Mann auf die Wälder verteilt werden sollen. Verschiedene
haben schon eine Revolver, einen Revolver und Keilschloß gehabt.
Pferde und die anderen Waffen erhalten sie an Ort und Stelle.
Sie führen die Söldlinge, von da sollte es bis Pylow gehen.
Da sollte jeder zu essen, zu trinken und zu rauchen bekommen, so
viel wie jeder will. Den meisten war das die Hauptsache. Jeder
von den Reuten machte sich nach Art der Indianergesellschaften seine
Glückspläne. Der eine erklärte, er werde vielleicht dort reich
betreten usw.

Sie gehörten den verschiedensten Berufen an, ja, selbst Apotheker,
Kaufleute usw. befanden sich darunter. Aus ihrem Munde aber war zu
hören, daß je näher sie der Grenze kamen, desto mehr ihnen das Herz in die
Hosen fiel. Einer sprach dem anderen Mut zu und auch wieder wurden ge-
lungen, wie: „Deutschland, Deutschland über alles!“ „Ade! du
mein lieb Heimatland!“ Einige bezweifelten, ob sie ihr Vaterland
noch einmal sehen werden. Auf die Bemerkung des einen Mit-
reisenden, daß es doch unrecht von ihnen sei, gegen ihre russischen
Brüder, die für ihre Freiheit kämpfen, vorzugehen und sich der
Unterdrückten und reichen Reuten zur Verfügung zu stellen, da sie
doch selbst arm seien, meinten verschiedene, es gehe nicht mehr zu
ändern, da sie einen Kontrakt abgeschlossen hätten, der sie bis Mitte
Januar dort halte. Auch werde es nicht so schlimm sein. Dort
sollen sie Patronenmunition machen und Wachsdienste
gegen die Russen verrichten. Ein gutes Geschäft hat die
Agentin gemacht, die diese „Hofnude“ angeworben hat. Sie
hat vom Baron sechs Mark pro Kopf und von jedem Angeworbenen
zwei Mark erhalten. —

Pöbelschicks Sachverständigkeit. Seit dem Inkrafttreten des Fleisch-
not-Diner im Kaiserhof, bei dem Landwirtschaftsminister v. Pod-
bielski unter Berufung auf seine genaue Kenntnis der landwirt-
schaftlichen Verhältnisse unter Zustimmung der nicht minder auf ihre
gründliche Sachverständigkeit pochenden Vertreter der preussischen
Landwirtschaftskammern beschloß, daß es in vier bis fünf Wochen
mit der Schweinefleischsteuerung völlig vorbei sein werde, sind morgen
14 Tage verfloßen; aber bisher ist von einem Verschwinden der
Teuerung noch nichts zu hören. Im Gegenteil, an den meisten
Börsenmärkten sind seitdem die Schweinepreise weiter gestiegen, auch
hier in Berlin, wo gestern für Schweine bester Qualität 60 M. pro
Zentner Lebendgewicht (mit 20 Proz. Tara) gezahlt wurde, für
ausgefuchte Ware sogar 70 und 71 M. Ja selbst die Viehpreise,
die sich damals in lächerlicher Selbstüberschätzung vermehrt, Ober-
schleien mit Schweinen zu versorgen, hat ihre Preise immer höher
und höher gestellt und fordert heute nach den Meldungen aus Stettin
mit 60 M. pro Zentner ohne Tara — und zwar für ganz minder-
wertige leichte Schweine, die nach Aussage der obersten hiesigen Bürger-
meister bis zu einem Viertel tuberkulös und wässerig waren.
Zwei, drei Wochen fehlen noch bis zu dem von Podbielskis
Sachverständigkeit gesetzten Termin. Wie aber, wenn bis dahin die
Schweinepreise noch weiter steigen, statt, wie es uns Podbielski un-
erreichbar Autorität vorbehalten hat, zu fallen? Wenn nun der von dem
größten, dem genialsten Fachmann auf dem Gebiete der vater-
ländischen Schweinezüchtung prophezeite Schweineflegel nicht eintritt?
Und nicht um Preußens landwirtschaftliche Kapazität handelt es
sich allein. Auch die agrarische Presse befürchtet die gleiche tiefe
Einsicht, indem sie nach der Rede in den schönsten Worten die über-
dem Wissen der gewöhnlichen Sterblichen hochherhabene Sach-
verständigkeit Podbielskis pries. Nur noch zwei, höchstens drei
Wochen. Armer Pod! —

Zur Fleischnot wird uns aus Sachsen geschrieben: Am
empfindlichsten macht sich wohl die Fleischvertierung in den
industriellen Distrikten Sachsens bemerkbar, wo bisher Fleisch schon
zu den Seltenheiten auf dem Tische des Arbeiters gehörte und wo
neben Margarine das ebenfalls teurer gewordene Schweinefleisch
die Butter ersetzen muß. Im Erzgebirge mit seinen Hungerlöhnen
ist Fleisch für die Arbeiter überhaupt nicht mehr zu erlangen.
Wehr als in früheren Jahren sucht man hier das Defizit im Haus-
halte durch Billignahrung auszugleichen, die die Arbeiter sich
teilweise selbst sammeln können, was zumeist in den frühesten
Morgensstunden vor dem Beginn der Arbeit geschieht. Da aber in-
folge der Lebensmittelpreuerung die Not im Hause größer ist als
sonst, nimmt man es bei der Auswahl der Billigen weniger genau
und verzehrt auch Sorten, die man sonst verschmähte. Die er-
schreckend hohe Zahl von Bismbergfamilien mit tödlichem Ausgang,
woburn in mehreren Fällen ganze Familien hingerafft wurden,
steht mit dem herrschenden, durch die Fleischnot gesteigerten Not-
stande im engsten Zusammenhang.

Nicht minder empfindlich ist die Fleischnot in den großen
Städten. Aus Chemnitz wurde kürzlich auf Grund amtlicher
Kaufstellungen gemeldet, daß auf dem dortigen Schlachthofe durch-
schnittlich pro Tag 620 Schweine weniger an-
getrieben worden sind als im Vorjahre. Im August 1904 sind
dort beispielsweise 2008 zum Verkauf ausgedoten worden, am
gleichen Tage dieses Jahres nur 621. Dieser Ausfall kann durch
etwas kürzeren Anstieg anderer Schlachtvieh nicht gedeckt werden.

Aehnliche Zustände herrschen auch in anderen sächsischen Städten.
Es kann daher nicht übersehen, daß das Schweinefleisch durch-
gängig um 20 bis 26 Pf. pro Pfund im Preise gestiegen ist;
das Rindfleisch hat eine Preissteigerung um 10 Pf. erfahren.

Dem herrschenden Notstand zu steuern, haben schon mehrfach
Fleischervereine an die Regierung um Aufhebung der Grenzsperr-
petitioniert und die Schließung zahlreicher Fleischläden
angekündigt. Auch der sächsische Gastwirksverein hat eine
Petition abgegeben und darin darauf hingewiesen, daß er ge-
zwungen worden sei, die Preise für Speisen zu erhöhen. In dieser
Petition heißt es dann weiter:

Daß durch eine solche Verteuerung der Speisen gerade das
arbeitende Volk schwer getroffen wird, geht daraus hervor,
daß die Mehrausgabe eines Arbeiters, der auf sich
allein angewiesen ist, pro Woche durchschnittlich eine
Mark beträgt; das ist bei einem Wochenverdienste von 15 bis
20 M. eine Mehrausgabe allein für das Essen, die ein Arbeiter
nicht zu tragen vermag. . . .

Auch verschiedene Stadiberwaltungen sind den Bei-
spielen der Fleischer und Gastwirte gefolgt. So haben die Stadt-
verordneten in Zwickau kürzlich einen Antrag einstimmig an-
genommen, wonach die sächsische Regierung dringend ersucht wird,
„bei der Reichsregierung um schleunige Abhilfe bezüglich
der hohen Fleischpreise vorstellend zu werden“. Einen ähnlichen Be-
schluß haben die Stadiberordneten-Kollegien in Buchholz,
Annaberg und Auerbach gefaßt und in anderen Städten
sind solche Anträge in Vorbereitung. Die sächsischen Arbeiter haben
in zahlreichen Massenversammlungen energisch gegen
die Grenzsperrung und die Zollpolitik protestiert und jeden finden
neue Versammlungen statt. Es ist unter der sächsischen Arbeiter-
schaft eine Protestbewegung im Gange, die an die Kundgebungen
gegen den Zollwucher heranreicht. —

Freisinnige Konsequenz. Man schreibt uns aus Nürnberg:
Das Nürnberger Gemeindefolgeium — bekanntlich eine Pflanze
des freisinnig-liberalen Jüchtung — sah sich endlich veranlaßt, auch
etwas zur Frage der Fleischsteuerung zu sagen, nachdem schon viele
andere Städte geharnischte Proteste losgelassen haben. Zwei Mit-
glieder des Nürnberger Folgeiums hatten in der Sitzung am Dienstag
den Antrag gestellt, es möge der Magistrat ersucht werden, beim
Ministerium dahin vorstellend zu werden, daß die Einfuhr von
lebendem Vieh — zunächst von Schweinen aus Rußland und
Italien — in den Nürnberger Schlachthof freigegeben wird,
da angeht der dort getroffenen sanitären Maßnahmen die
Einschleppung von Viehseuchen vollständig ausgeschlossen sei.
In der Debatte über diesen Antrag fanden die verschiedenen Redner
sehr kräftige Töne gegen das heftigste Agrarinteressen und gegen
die Regierung, die den Jüngern zuliebe mit verhängenen Armen
ruhig zuseht, wie dem Volke das Fleisch immer mehr verteuert
wird, und hartnäckig die Grenzen verhärtet. Der Antrag wurde
einstimmig angenommen, sogar der konservative Vertreter stimmte
dafür unter dem Vorbehalt, daß durch die Freigabe der Einfuhr in
beschränktem Maße der Viehbestand der deutschen Landwirtschaft nicht
von einer Verdrängung bedroht werde.

In der gleichen Sitzung hatte jedoch das Folgeium über einen
Magistratsbeschuß zu verhandeln, der sich mit obigem Antrage nicht
recht vereinbaren läßt. Mit Ende dieses Jahres ist nämlich
für die Stadt die Befugnis zur Erhebung der gemeindefür-
Kaufschätze auf Fleisch, Vieh, Brot, Mehl und Getreide abgelaufen.
Der Magistrat hat nun beschlossen, beim Ministerium um die Er-
laubnis zur Fortsetzung dieser Steuer nachzusuchen. Der Antrag
wurde von dem freisinnigen Herrmann Beck, der früher als Ab-
geordneter für Koburg dem Reichstag angehörte, mit aller Ent-
schiedenheit vertreten unter der Forderung, daß, so lange den
Städten durch die Befugnis zur Erhebung der gemeindefür-
Kaufschätze auf Fleisch, Vieh, Brot, Mehl und Getreide abgelaufen
werden, an eine Preisgabe der Kaufschätze nicht zu denken sei, die
eine empfindliche Erhöhung der direkten Steuer, der Gemeinde-
umlage, notwendig machen werde. Die reinen Einnahmen aus
Fleisch- und Viehsteuern betragen 288 000 M. und bilden 7,75 Proz.
der Gesamteinnahmen.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß eine solche Um-
lagenerhöhung besonders den Mittel- und Kleinbürgerstand und
unter diesem wieder die armen — Hausbesitzer am empfindlichsten
treffen werde! Das einzige demokratische Mitglied des Folgeiums
wies darauf hin, daß mit dem Jahre 1910 den Städten überhaupt
die Erlaubnis zur Erhebung von Lebensmittelssteuern entzogen wird
und es daher am besten sei, sich jetzt schon darauf einzurichten und
einstweilen mit der Preisgabe der Fleisch- und Viehsteuern den
Anfang zu machen, damit der Uebergang nicht so empfindlich
wirke. Dieser Vorschlag fand aber keine Gnade in den Augen der
freisinnig-liberalen Stadiberordneten und dem Magistratsbeschuß wurde
mit allen gegen zwei Stimmen zugestimmt. Deutlicher konnte der
Liberalismus in Nürnberg seine Zweifelslehre nicht an den
Tag legen, als durch diese beiden, in einer Sitzung gefaßten Be-
schlüsse. —

Agrarische Bevorzugung. Aus dem Harz wird uns geschrieben:
Der Kreisauswah für den Kreis Goslar scheint eine sonderbare
Aufassung über die Verwendung von Steuern zu haben. Unterm
2. August hat er im Amtsblatt eine sich wiederholende Besam-
machung erlassen, in der er mitteilt, daß die Oshauskommission des
Kreises Goslar mit der „Solgitterchen Zeitung“ und der „Goslar-
schen Zeitung“ ein Abkommen getroffen habe, wonach diese Zeitungen
wöchentlich ein- oder zweimal bis zum Oktober im Inzeratenteile
Oshverkäufe dem Publikum zur Kenntnis bringen wollen. Die
Oshverkäufer brauchen nur eine Postkarte an die Zeitungen
schreiben und darin unter Angabe des Namens, der Sorte und des
Quantums ihre Oshangebot mitteilen. Der Vorwissen des Kreis-
auswahs hofft, daß nur gutes gepflanztes Osh angeboten wird.
Wer auf Osh reflektiert, soll sich dann mit den Anbietenden selbst
direkt in Verbindung setzen. Es wird dann nach gewünscht, daß
nach Verlauf der angebotenen Qualitäten bei den Zeitungen das
Angebot wieder abgemeldet wird, denn nur dann könne die Ein-
richtung von Nutzen sein. Soweit ist die Besammachung nicht be-
sonders auffällig, aber am Schluß steht: „Die Kosten für
die Anzeigen in den Zeitungen trägt der Kreis.“

Wo die arme Bevölkerung des Kreises bezahlt ihre Kreis-
steuern, damit sie Verwendung finden, um den Agrariern Annoncen
in den Kreisblättern zu bezahlen! Das Osh ist enorm teuer ge-
worden und hat in den letzten Jahren erheblichen Gewinn ab-
geworfen, so daß die Oshverkäufer ihre Verkaufsannoncen sehr
wohl selbst bezahlen können. Aber diese privaten Geld-
geschenke an die Agrarier — denn etwas anderes ist es nicht — sind
unvereinbar mit dem Zwecke der Steuern, die doch nur erhoben
werden für öffentliche Zwecke. Die Zoll- und Liebesgabepolitik
für die Agrarier scheint aber schon bewirkt zu haben, daß die
privaten Interessen der Agrarier, soweit sie der Verbesserung
des Einkommens dieser „Kollektanden“ dienen, als öffentliche
gelten. Nicht nur durch indirekte Steuern, sondern gar auch durch
direkte wird jetzt den Agrariern der Beutel gefüllt. Braucht man
sich da noch zu wundern über die Untätigkeit der Regierung
gegen die Fleischnot? —

Verwundbare Mordveranordnungen werden militäramtlich be-
kannt gegeben. 1. Truppenübungen können nicht gut abgehalten
werden, wenn die Zuschauer in dichten Scharen zwischen die
Truppen drängen. Die Militärbehörde muß daher jede Ver-
antwortung für Körperliche Beschädigungen von
Zivilpersonen ablehnen, die etwa aus einem unbefugten
Zwischendrängen durch Beschützung und Gewehrfeuer, durch Anlaufen
der Säulenkolonnen, durch Anweilen etc. entstehen. 2. Es ist von den
Truppen Vorzorge zu treffen, um jeden Zuschauer, der un-
befugterweise Plurichaden verursacht, festzustellen, so daß er
zur Rechenschaft gezogen werden kann. 3. Vertreter der
Zivilpersonen gründlich nicht zu gestatten.
Erlaubnisarten zum Betreten der Wälder sind durch den jeweiligen
Vorkommandanten nur ausnahmsweise auszugeben. 4. An die
Fabrikbetriebe ergeht die dringende Bitte, die Arbeiter nicht feiern zu
lassen, wenn in der Nähe der Anlage Truppenübungen stattfinden.

Warum gerade die Arbeiter ferngehalten werden sollen, ist nicht recht ersichtlich. In gewissen Kreisen spielt man doch mit dem Gedanken, die Arbeiterfrage durch Scharfschießen zu lösen. Will man die Soldaten daran hindern, mit den Arbeitern freundschaftlich zu verkehren? —

Der Aufstand in Ostafrika

Ist nach neueren Meldungen noch immer in der Ausbreitung begriffen. Man hat deshalb auch statt 150 Mann 220 Mann für Südwestafrika bestimmt. Ein Teil dieser Mannschaften soll angeblich das vom Kreuzer „Buffard“ an Land geschickte Detachement ersetzen. Vermutlich wird aber die Mannschaft des „Buffard“ nicht abgelöst werden können, da sie zur Niederwerfung des Aufstandes dringend gebraucht werden dürfte. Wahrscheinlich wird es sogar mit diesen Verstärkungen lange nicht getan sein!

Uebrigens wird uns bereits das keine Korps von 220 Mann ein Heibengeld kosten. Die Kosten für unsere Südwestafrikatruppe belaufen sich nach den Stats auf 23 M. pro Kopf und Tag. Kosteten uns unsere ostafrikanischen Truppen ebensobiel, so machte das pro Tag 6160 M., für 6 Monate also bereits 1 108 800 M.! Diese Kosten sind vom Reichstag nicht bewilligt worden. Trotzdem denkt Wilow scheinbar gar nicht daran, den Reichstag einzuberufen!

Die Matumbi, gegen die gegenwärtig die gefandeten Marinemannschaften kämpfen, werden als ein räuberischer und dem Trunk ergebener Stamm geschildert. Sie seien schon immer unbotmäßig gewesen, da man sie wegen des zerklüfteten Gebirgsterrains ihrer Wohnsitze nicht habe unterwerfen können. Danach wird man sie auch jetzt nicht allzu rasch niederwerfen können.

Das Donde-Gebiet bietet ebenfalls der Kriegsführung mannigfache Schwierigkeiten. Es ist nur dünn bevölkert und besitzt Herden überhaupt nicht, da die Wiederkäuer dem Stich der Heise-Fliege erliegen. Die Eingeborenen halten nur Hüner und Lauben. Pferde werden also nicht verwendet werden können, sie wären auch in dem zum großen Teil mit Wald bedeckten Gelände ungeeignet. Der nötige Proviant, teilweise auch Wasser, das nicht überall vorhanden ist, wird durch schwarze Träger mehrere hundert Kilometer weit herangeschafft werden müssen. Der Waldreichtum des Landes wird die Verfolgung der Eingeborenen wahrscheinlich sehr erschweren. Die Unterdrückung der Unruhen im Donde-Gebiet stellt sich also als keineswegs leichte Aufgabe dar. Wahrscheinlich werden obendrein die weißen Mannschaften unter dem ungesunden Klima des Landes schwer leiden, namentlich die Malaria wird ihre Opfer fordern. Dehnt sich vollends der Aufstand auf die benachbarten Distrikte aus, so steht Deutschland geradezu vor unüberwindlichen Schwierigkeiten! —

Trotha und Leutwein.

Die „Magdeb. Ztg.“ läßt sich schreiben:

„Wie es heißt, soll es dem Kaiser nicht leicht geworden sein, den General zurückzuberufen, den er als seinen Vertrauensmann nach Südwestafrika sandte und mit den weitgehendsten Vollmachten ausstattete. General v. Trotha, der nach wie vor beim Kaiser in hohem Ansehen stehen soll, wird nach seiner Rückkehr wahrscheinlich einen längeren Urlaub antreten und nach diesem wieder aktiv werden. Ob er von neuem eine Division erhalten wird (er kommandierte vorher die 16. in Arier) steht noch dahin. Er hat, wenn seine Ernennung zum Kommandeur eines Armeekorps erfolgen soll, noch etwa ein Duzend Vordermänner; diese Zahl wird sich aber bis zu seinem Eintritt in die Armee nicht unbedeutlich vermindern. Sicher wird seine militärische Laufbahn mit seiner Rückkehr nicht zu Ende sein, wie z. B. die Leutwein, dem am 22. April 1905 der Charakter als Generalmajor verliehen wurde, womit seine militärische Laufbahn zum Abschluß kam.“

Dem Ausrottungsstrategen Trotha wird hier also noch ein glänzendes Abonnement in Aussicht gestellt, während Leutwein, der Vertreter einer vorsichtigeren Politik, seinen Abschied erhalten hat. Wobei nicht zu übersehen ist, daß Leutwein bei dem ihm zur Verfügung stehenden relativ geringfügigen Mitteln weit größere kriegerische Erfolge errungen hat als Trotha, dem 15 000 Mann zur Verfügung standen.

Trotha kommandierender General und Leutwein verabschiedet — es fehlt dann nur noch, daß man den „rehabilitierten“ Hänge-Peters zum Kommandeur in Ostafrika mache. —

Änderungen im Kolonialamt? Der Kolonialdirektor Dr. Stäbel ist telegraphisch aus seinem Urlaub abberufen worden und hat heute die Geschäfte seines Amtes wieder übernommen. In Verbindung damit stehen Gerüchte von bevorstehenden wichtigen Personalveränderungen in der Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes.

Wie der Militarismus spart.

Der Militarismus, der jährlich weit über 1000 Millionen Mark kostet und geradezu im Verschlingen von Geldern unerfütlich ist, weiß sich auch mitunter der größten Sparsamkeit zu befleißigen. Folgendes Dokument erhielt kürzlich ein Königsberger Stellmacher:

Rassenverwaltung

L./I. Garde-Regts. z. B. J.-Nr. 413/05 II.

Wotsdam, den 8. August 1905.

Bei Ihrer Entlassung am 25. September 1899 haben Sie auf Grund des Militärstrafgesetzes die Eisenbahn nicht, wie vorgeschrieben, bis Labiau, sondern nur bis Königsberg benutzt.

Die Ihnen gezahlten 50 Pf. Erschuldigungszinsen sind daher nicht zuständig und müssen wieder zurückgezahlt werden.

Um baldige Einfindung des Betrages eventuell in Briefmarken wird ersucht.

An den Reservisten und Stellmachergesellen

Herra S.

Königsberg i. Pr.

Roch, Oberzahlmeister.

Also nahezu sechs Jahre hat es gedauert, bis man herausbekommen, daß der Mann angeblich die 50 Pf. zu viel erhalten hat. Wieviel Mühe wird man auf die Entdeckung dieser Forderung verwendet haben. Jeder Vaterlandsfreund aber wird stolz sein auf den Militarismus und ihm das Lob spenden, daß er mit den Steuergrößen des Volkes sparsam umgeht. Der arme Sinder aber, der die Aufforderung zum Zahlen erhalten hat, ist dem schon nachgekommen. Vorher hatte man schon das Königsberger Bezirkskommando in dieser Sache mobil gemacht. Dieses hatte den Stellmacher zweimal hinterstellt und dieser hat zweimal die Arbeit veräußert und Schaden erlitten, da man ihn für die veräußerte Zeit nicht entschädigt hat.

Ertappte Fälscher. Die „Dresdener Zeitung“ bespricht trotz unseres Hintertages die Nummer, in der ihr von und reproduzierter Schimpferzug gefunden, auch heute noch die beispiellose Unerschlichkeit, den „Vorwärts“ der Fälschung zu zeihen. Das Blatt schreibt: „Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die von dem „Vorwärts“ angefertigte Liste von Schimpfwörtern, die wir in der Nummer vom 17. Mai 1903 gebraucht haben sollen, eine bewußte Fälschung ist, eine Fälschung, vorgenommen mit kaltem Blute und voller Ueberlegung, denn unser Artikel liegt dem Blatte offenbar vor. Der Ausdruck „schmutzige Hunde“, den wir z. B. gebraucht haben

sollten, ist eine freie Erfindung des „Vorwärts“. Und diese Erfindung war gar nicht nötig, sie entsprach nur dem Sportbedürfnis des „Vorwärts“, das er auf dem Gebiete der Lüge nun einmal empfindet. Das, was wir damals wirklich gesagt haben, war ebenso zutreffend wie ausreichend, um unseren Standpunkt zu einer Sorte von sozialdemokratischer Journalistik zu charakterisieren, wie sie von dem „Vorwärts“ repräsentiert wird. Auch dem „Vorwärts“ hätte eigentlich diese Charakteristik genügen können, aber diese Leute sind schwer zufriedenzustellen.“

Ein unangenehmer Täuschungsversuch ist uns wirklich noch nicht begegnet! Wie liegen die Dinge? Die ganze von uns wiederbegegebene „Liste von Schimpfwörtern“ hat wirklich in der „Dresdener Zeitung“ in der Nummer vom 17. Mai 1903 gestanden, mit Ausnahme eines einzigen — Wuchstaben. Statt „schmutzige Hunde“ muß es nämlich heißen „schmutzige Hände“. Daß diese Abweichung, auf die wir erst heute durch die „Dresd. Ztg.“ aufmerksam werden, nur auf ein Versehen des Setzers zurückzuführen ist, versteht sich für jeden Menschen, der vom Zeitungswesen auch nur einen blässen Schimmer hat, von selbst. Und auf dies Versehen stützte sich die infame Behauptung der „Dresdener Zeitung“, der „Vorwärts“ habe die „Liste von Schimpfwörtern“ gefälscht, „bewußt“ und mit „kaltem Blute“ gefälscht. Dabei besitz das freisinnige Blatt noch die Unverschämtheit, diese „Fälschung“ nur „z. B.“ anzuführen, um den Anschein zu erwecken, die Wiedergabe seiner Schimpferien stimme auch sonst nicht!

Unser Blatt sollte beweisen, daß der freisinnige Melior im Schimpfen nicht zu brechen ist. Der „Dresd. Ztg.“ genügte aber dieser Ruhm nicht, sie nahm sich vor, durch ihre Entgegnungen auch den Beweis zu liefern, daß ein freisinniges Blatt auch auf dem Gebiete des Fälschens und verleumderischer Ehrabschneiderei jede Konkurrenz siegreich aus dem Felde schlägt. Und diesen Beweis hat sie glänzend erbracht! —

Deutschum ist Freiheit. Ein Kaiserbeleidigungsprozeß, so berichtet man uns unterm 23. August aus Halle, beschäftigte heute die Strafkammer. Der aus der Haft vorgeführte 40jährige Bergarbeiter Hans Klein von Bitterfeld erschien am 17. Juli im betrunkenen Zustande auf der Grube „Marie“, um Arbeit zu suchen. Als er von dem Obersteiger abgewiesen worden, machte er Skandal, beging Hausfriedensbruch und leistete dem zu Hilfe gerufenen Polizisten Widerstand. Dann erklärte er in seinem Rausche: „Da ich nun doch einmal vor den Staatsanwalt komme, will ich auch gleich noch eine Majestätsbeleidigung mitgeben. Das fürchte er denn auch aus. Die Majestätsbeleidigung wurde vom Gericht mit 2 1/2 Monaten Gefängnis bewertet und all die übrigen Vergehen mit 1/2 Monat, sodas Klein drei Monate zu verbüßen hat.“

Wegen Beleidigung des deutschen Kronprinzenpaares hatte sich die verehelichte Lohnarbeiterin Verta Eckert aus Reudorf vor der Kreisstrafkammer in Liegnitz zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. —

Ausland.

Belgien.

Ein Majestätsbeleidigungsprozeß!

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns:

Ein ungeheures Ereignis ist in unserem politischen Leben eingetreten; die Staatsanwaltschaft hat sich genötigt gesehen, einen sozialdemokratischen Abgeordneten, den Genossen Dr. Leo Wechsman aus Antwerpen wegen einer gegen König Leopold begangenen angeblichen Majestätsbeleidigung verfolgen zu lassen.

Ein Majestätsbeleidigungsverfahren ist für Belgien eine große Seltenheit. Seit 1896, wo das Schwurgericht von Gent nach den blutigen Unruhen den Genossen Ansele der Majestätsbeleidigung freisprach, trotzdem unser Genosse den König einen „Vollmörder“ genannt hatte, haben sich die Gerichte zum Schutze der königlichen Majestät nicht mehr bemüht. Nur einmal in jüngeren Jahren mittels deutscher Justiz einen Prozeß gegen das „Hamburger Echo“, und das wegen eines Artikels, dessen Inhalt mehr als zwanzigmal durch die belgische Presse gegangen war! Wahrscheinlich glaubten gewisse Scharfmacher, daß zur Feier des heiligen „Jubiläum“ auch ein Majestätsbeleidigungsprozeß gehöre. Der infirmierte Artikel übertrifft nämlich an Schärfe des Tones durchaus nicht die Art, wie man bislang den König und seine Gemahlinheiten zu kritisieren pflegte.

Da gegenwärtig Parlamentsferien sind, glaubte man augenscheinlich den Coup gegen den Abgeordneten fähren zu können, da ja während der Dauer der Session keine Strafverfolgung ohne Zustimmung der Kammer eintreten kann. Die Vernehmung ist aber fallsch. So sehr man das Verfahren auch beschleunigen mag, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften wird die Verhandlung nicht vor Oktober stattfinden können. Dann ist die Kammer aber wieder zusammengetreten und die 30 Sozialdemokraten werden dann energisch als Rechtsanwälte der Demokratie auftreten! —

Schweden.

Stockholm, 24. August. Im Staatsrat erstattete Justizminister Berg Bericht über den letzten Stortingbeschluss und schlug gleichzeitig vor, daß der König dem Staatsrat auftrage, mit der norwegischen Regierung zu dem in dem Schreiben des Reichstags vom 25. Juli genannten Zweck in Verhandlungen einzutreten, und die Regierung ermächtige, daß deren Delegierte mit den norwegischen Delegierten ausserwählten Delegierten zusammentreten. Auf Aufforderung der übrigen Staatsratsmitglieder gab der Kronprinz-Regent seine Zustimmung zu diesem Vorschlage.

Die Friedensverhandlungen

Sind bis zum Sonnabend verhandelt worden. Ueber die Aussichten auf das Zustandekommen des Friedens gehen die Meinungen wieder einmal weit auseinander. Während die einen der Ansicht sind, Rußland werde die Kompromißvorschläge Roosevelt's resp. Japans — Kriegsschädigung in Gestalt einer Rückkaufsumme für die nördliche Hälfte Sachalins und Verzicht Japans auf die Auslieferung der neutralisierten Kriegsschiffe sowie die russische Verpflichtung, künftig nur eine beschränkte Zahl von Kriegsschiffen in Ostasien zu unterhalten — annehmen, vertreten die anderen die Auffassung, daß der Frieden an der ablehnenden Haltung Rußlands scheitern werde. Bitte soll noch in den letzten Tagen erklärt haben, daß Rußland nicht eine Kopete Kriegsschädigung zahlen werde, gleichviel, in welcher Form man die Entschädigung kleiden werde.

Wir glauben trotz alledem noch an ein Zustandekommen des Friedens durch Nachgiebigkeit der einen oder anderen Seite. Wer von den beiden Parteien nachgeben wird, ist freilich schwer zu erraten. Es hängt eben alles von der militärischen Lage auf dem Kriegsschauplatze, mehr freilich noch von den Finanzen der kriegführenden Mächte ab. Gelänge es Wlitta, Rußland auch bei einer Fortdauer des Krieges amerikanische Geldquellen zu erschließen, so wäre es keineswegs ausgeschlossen, daß Rußland die Verhandlungen scheitern ließe. Andererseits würde Japan trotz günstiger Kriegsaussichten gegenüber Unewitsch vielleicht Bedenken tragen, lediglich wegen der Frage der Kriegsschädigung den Krieg fortzusetzen. Denn schließlich könnte Japan zwar noch Charbin und Wladivostok in seinen Besitz bringen, aber sonst vermüchte es Rußland kaum noch merklichen Schaden zuzufügen. Die relativ geringen strategischen Vorteile würden aber mit ungeheuren Opfern an Gut und Blut erkauft werden

müssen. Und von einer Erstattung der Kriegskosten wäre dann erst recht keine Rede.

Die Situation liegt also kurz gefasst so: Kann Rußland zur Fortführung des Krieges seinen neuen Pump machen, so zählt es wahrscheinlich die Kriegsschädigung; bietet sich aber für die Russen die Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges, so dürfte Japan vorziehen, sich mit den territorialen Zugeständnissen zu begnügen.

Portsmouth (New Hampshire), 23. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Unterzeichnung der Protokolle wurde nicht erledigt. Vier Artikel wurden unterzeichnet. Nummer 7 vermutlich verschoben, drei Punkte werden noch in Betracht gezogen. Japan machte einen Vorschlag, den Wlitta als alte Bedingung in anderen Formen bezeichnete, er hat um Zeit, schriftlich antworten zu können. Japan hat in dem Vorschlage, der bis zum Sonnabend zu entscheiden ist, eine Million Pfund Sterling verlangt und ferner vorgeschlagen, Rußland solle die Hälfte Sachalins für 1200 Millionen Mark zurückkaufen. Japan wird auch die Artikel 10 und 11 aufgeben.

Portsmouth (New Hampshire), 23. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Es scheint, daß der Kompromißvorschlag des Präsidenten Roosevelt offiziell der Friedenskonferenz heute nicht unterbreitet worden ist. Roosevelt hat sich aber die Zustimmung Japans gesichert, und in offiziellen Kreisen heißt es heute allgemein, das Kompromiß würde der Konferenz als japanischer Vorschlag vorgelegt werden. Fast alle Mitglieder der russischen Mission sind persönlich für die Annahme des Planes des Präsidenten Roosevelt, da er einen ehrenhaften Weg zum Frieden bietet.

Portsmouth (New Hampshire), 23. August. Die Nachmittags-sitzung der Friedenskonferenz dauerte 1 1/2 Stunden. Sodann wurden die Beratungen bis Sonnabend vertagt.

Die russische Revolution.

Die Bewegung in Polen.

Warschau, 24. August. (Offizielle Meldung.) In der Nähe von Radom ist eine Eisenbahnbrücke durch Dynamit zerstört worden. In Warschau herrscht Ruhe. Der gestrige Zusammenstoß zwischen den ostpödischen Arbeitern und dem zum Dienst kommandierten Eisenbahnbataillon war „ziemlich belanglos“. Es wurden „nur“ einige Personen leicht verletzt.

Kattowitz, 24. August. (Tel. des „Tag“.) Aus Sosnowice wird gemeldet: Im hiesigen Revier traten heute die Arbeiter wieder in den Generalstreik. Morgen werden die Geschäfte geschlossen. Die Bewegung ist eine Kundgebung gegen das Zarenmanifest.

Warschau, 24. August. Die Situation auf den Weichselbahnen verschlimmert sich. Der Generalstreik ist aufgehoben worden. Der letzte Monstertzug, den in später Abendstunde ein paar tausend Arbeiter mit roten Fahnen unternahmen, wurde von Kosaken zerstreut. („Tag“.)

Von den Ostsee-Provinzen.

Petersburg, 23. August. („Laffan-Meldung“.) Der Gouverneur von Kurland, Stworbejen, wurde seines Amtes enthoben, weil er sich außerstande gezeigt hat, die dortigen Unruhen zu unterdrücken. In 26 Dörfern Kurlands demokratisierte die Einwohnerchaft die Regierungsgebäude und verbrannte die Listen der Militärpflichtigen, die für die Mobilisierung ausgearbeitet worden waren. Aus verschiedenen Teilen des Gouvernements werden neue große Waldbrände gemeldet; der Schaden beträgt mehrere Millionen Rubel. Zwei Drittel (?) der Gutsbesitzer Kurlands sind nach Schweden und Deutschland ausgewandert.

Es ist nicht wahr — es ist nicht wahr!

Petersburg, 24. August. (Offizielles Telegramm.) Die Meldung auswärtiger Blätter, daß die Mannschaften des 1. Garde-Pusaren-Regiments in Jaroslo-Sels vorgestern ihre Interoffiziere aus der Kaserne geworfen und die Tore derselben geschlossen hätten, beruht, wie die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ mitteilt, vollkommen auf Erfindung. Ebenso unbegründet ist, derselben Agentur zufolge, die Meldung von der am Montag wegen politischer Agitationen angeblich in Moskau erfolgten Verhaftung von 26 Offizieren.

Aus der Partei.

Zum Organisationsstatut werden die Delegierten des Agitationsbezirks Schleswig-Holstein, Hamburg, Lauenburg und Lübeck für folgende, von den Vorständen der Kreise formulierten Abänderungen eintreten:

1. Der Parteitag wolle dem § 10 folgende Fassung geben:
§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise-Organisationen haben von den sich aus den laufenden Monatsbeiträgen ergebenden Einnahmen mindestens 80 Prozent an den Bezirksverband abzuführen. Von diesen Einnahmen sind von den Bezirks- resp. Landesorganisationen 33 1/2 Proz. an die Zentralkasse zu überweisen. Die Vertrauenspersonen können freiwillige Beiträge entgegennehmen und durch besondere Marken quittieren. Soweit es sich dabei um freiwillige Beiträge an die auf Grund des § 9 des Organisationsstatuts gebildeten Organisationen handelt, müssen die Vertrauenspersonen eine den Verhältnissen entsprechende Summe regelmäßig an den Bezirksverband resp. die Zentralkasse abführen.
2. Der Parteitag wolle dem § 11 folgende Fassung geben:
§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.
3. Der Parteitag wolle dem § 13 folgende Fassung geben:
§ 13. Die Vorstenden der Kreisvereine und, wo solche nicht vorhanden sind, die Vertrauenspersonen, geben alljährlich bis zum 15. Juli einen Bericht, der vom Bezirksverband revidiert und von diesem dem Parteivorstand eingereicht wird.
4. Der Parteitag wolle innerhalb der §§ 7 bis 14 des Entwurfs
a) eine Umstellung vornehmen, so daß sich in einer Reihenfolge befinden die bisherigen Paragraphen 7, 8, 9, 11, 12, 14, 10, 13.
b) Die Ueberschrift „Vertrauenspersonen“ über § 11 streichen.“

Zum Parteitage beschloß eine Parteiverammlung nach einem Vortrage des Genossen Bloch-Dresden:

Die Parteiverammlung des 12. sächsischen Reichstagswahlkreises beauftragt ihre Delegierten, bei der Schöpfung des neuen Organisationsstatuts im Sinne einer strafferen Organisationsform zu wirken, daß insbesondere ein fester Wochenbeitrag im Statut vorgeschrieben wird, sowie daß die Kreisvereine-Statuten als erste Aufgabe die Propagierung der Parteigrundsätze und Erledigung der Partei-Arbeiten enthalten müssen.

Die Parteiverammlung sieht ferner im politischen Massenstreik ein Kampfmittel, das vom Proletariat zu gegebener Zeit anzuwenden ist. Sie erwartet von ihren Delegierten, daß sie auf dem Parteitag für einen Beschluß in diesem Sinne wirken.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Königsberg i. N. hielt am 20. August seine Generalversammlung im neuerbauten Saal von Jacobi in Rastin ab. Anwesend waren 14 Delegierte und eine große Zahl von Genossen aus Rastin und Umgebung. Fürstensele und Jellin waren leider nicht vertreten.

Kerner war anwesend der Kassierer Schermer, das Mitglied der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg Janßen und der Kandidat des Kreises Stadt. Vorgmann-Berlin. Nach dem Geschäftsbericht ist ein lebendiges Fortschreiten der Bewegung zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder hat sich im letzten Halbjahre von 227 auf 315 gehoben; also 88 mehr. Vor allem haben Küstrin und Alt-Dreiwitz erhebliche Fortschritte gemacht; aber auch die anderen sind trotz der Abwanderungen nicht zurückgeblieben. In Reumühl ist am 1. Juli eine neue Zahlstelle mit 18 Mitgliedern eröffnet worden. Die Hauptkassiere hat nach der letzten Halbjahresabrechnung zusätzlich des Kassenbestandes eine Einnahme von 322,23 M., Ausgabe 125,85 M., so daß ein Bestand von 196,38 M. verbleibt. Hierzu der Bestand von den Zahlstellen von 123,05 M., so daß ein Gesamtvermögen von 319,43 M. vorhanden ist. Den Küstriner Genossen ist es gelungen, in Verbindung mit den über 300 Mitgliedern des Gewerkschaftsartikels den neuen Saal von Jacobi für die nächsten fünf Jahre zu mieten. Die Genossen von Gäßtebische und Umgebung sind im Begriff, sich ein eigenes Saalgebäude zu errichten. Der Bau ist bereits im Gange und soll zu Ostern 1906 in Betrieb genommen werden. Verschieden wurde, den Sitz des Wahlvereins von Jellin nach Gäßtebische zu verlegen. Als Vorsitzender wurde Genosse Jädel und als Kassierer Genosse Darum-Gäßtebische gewählt. Die Wahl der übrigen Funktionäre wurde der Zahlstelle Gäßtebische überlassen. Der Vertrauensmann soll in einer Versammlung bei Wille in Berlin gewählt werden. Dann referierte Vorgmann über den kommenden Parteitag in Jena. Er vertrat ohne Widerspruch den Standpunkt, daß der Entwurf zu einer neuen Organisation ohne wesentliche Aenderung Zustimmung erhalten könne. Den Reichstagsabgeordneten das Recht zu beschränken, so wie früher auf dem Parteitage zu erscheinen, hielt Redner unter Zustimmung der Versammlung für ganz falsch, die Partei habe vielmehr ein lebhaftes Interesse daran, die Reichstagsabgeordneten auf dem Parteitage zu sehen; es sei dies kein Privileg für dieselben, sondern eine Pflicht. Bezüglich der Waise solle das Erzeugnis unbedingt festgehalten werden; für eine Aenderung des jetzigen geltenden Beschlusses läge keine Veranlassung vor. Denselben Standpunkt vertrat auch gegen die Diskutierung der Frage nicht einwenden könne, so dürfte doch dieselbe in unserer Bewegung einen nicht zu großen Raum einnehmen. Denselben Standpunkt vertrat Jädel-Gäßtebische. Die Versammlung war mit dem Referenten einverstanden und wählte denselben als Delegierten des Kreises zum Parteitag in Jena. Für die Provinzialkonferenz wurden Jädel, Grabbe und Jelsmann gewählt.

Disziplinwidrigkeiten.

In der Parteikonferenz des zweiten pfälzischen Wahlkreises wurde darüber verhandelt, daß bei der Landtagswahl in einem Orte durch die Schuld von Parteigenossen ein liberaler Wahlmann gewählt worden ist. Es wurde beantragt, die Schuldigen aus der Partei auszuschließen. Die Konferenz hielt sich jedoch nicht für kompetent und begnügte sich mit Annahme einer Resolution, in der das disziplinwidrige Vorgehen der Genossen in Reidenfels bedauert wird.

Pölsliches, Gerichtliches usw.

Die dritte Konfiskation binnen weniger Tage erlebte unser Dresdener Parteigesellschaft. Diesmal galt es dem „Volkfreund“, durch dessen Inhalt ein Unternehmer beleidigt worden sein soll.

Soziales.

§ 124b der Gewerbeordnung und die „Fabrikarbeiter“.

Besonders bei Streiks, Rausch usw. wird von Arbeitgebern, und zwar auch von Fabrikanten, die viel Arbeiter beschäftigen, gern vom § 124b der Gewerbeordnung Gebrauch gemacht, worin bestimmt ist: „Hat ein Gefelle oder Gehülfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ordentlichen Tagelohns (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes) fordern.“ Der Nachweis eines Schadens ist dann nicht erforderlich. Oft übersehen wird bei solchen Klagen auf Kontraktbruchsbüße gemäß § 124b, und nicht selten auch von Gewerbetreibenden, daß dieser Paragraph nicht für alle gewerblichen Arbeiter gilt. § 134 Absatz 2 der Gewerbeordnung bestimmt nämlich, daß auf die Arbeitgeber und Arbeiter in solchen Fabriken, in welchen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, die Bestimmungen des § 124b keine Anwendung finden. In solchen Fällen kann also eine Kontraktbruchsbüße auf Grund des § 124b, das heißt eine Buße ohne den Nachweis eines Schadens, nicht eingeklagt werden.

Es ist nun auch die Frage aufgeworfen worden, ob auch „Gesellen oder Gehülfen“, wie § 124b sich ausdrückt, Fabrikarbeiter im Sinne des § 134 Absatz 2 sein können. Das Landgericht I Berlin, achter Zivilsenat, hat dies in einem Rechtsstreit der Firma Ebel und Lohmann (Rad- und Metallwarenfabrik) gegen eine Anzahl Klempnergehilfen bejaht, indem es in der schriftlichen Urteilsausfertigung ausführte: „Zwar sind die Beklagten als Klempnergehilfen und nicht als Fabrikarbeiter bezeichnet und § 134 findet nur auf Fabrikarbeiter Anwendung. Die Klägerin bezeichnet sich aber selbst als Rad- und Metallwarenfabrik und in dieser Fabrik haben die Beklagten gearbeitet. Daher sind sie als Fabrikarbeiter zu erachten und es findet auf sie, da Klägerin mehr als 20 Arbeiter beschäftigt, der § 124b keine Anwendung.“ Das Landgericht hob damals das den Klempnern ungünstige Urteil des Gewerbegerichts auf und wies die Klage der Firma ab, soweit von den in erster Instanz Beurteilten Berufung eingelegt war.

Gegen den Fleischwucher protestierten vier Versammlungen in Frankfurt a. M., eine in Offenbach a. M., drei Versammlungen in Bremen, eine in Stuttgart und zwei Versammlungen in Düsseldorf.

Aus Industrie und Handel.

Beschäftigung des preussischen Bergbaues. Daß sich die wirtschaftliche Konjunktur in aufsteigender Richtung bewegt, ergeben auch die neuesten amtlichen Mitteilungen über die Belegschaftsziffern im Bergbau. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres ist zum erstenmal wieder seit 1900 in der Kohlenbergwerks-Industrie eine Vermehrung der Arbeiterzahl zu konstatieren. 1901, 1902 und 1903 sank in den einzelnen Bezirken im zweiten Quartal die Belegschaft um mehrere Tausend Köpfe. Im zweiten Quartal 1904 fiel die Zahl der Steinkohlenbergleute gegen das Vorquartal in Schlesien von 114 450 auf 110 792, im Ruhrbezirk von 270 051 auf 268 385, nur im linksrheinischen Steinkohlen-Bergbau, wo nur das Jahr 1902 eine Verminderung der Belegschaft während des zweiten Quartals aufwies, stieg auch 1904 die Arbeiterzahl und zwar von 59 981 auf 60 355. Dagegen stellte sich die Belegschaft im zweiten Quartal 1905 auch im Ruhrgebiet um 6700 Köpfe höher; in Schlesien ist sie um 1400 gesunken, aber gegenüber dem vorherigen Halbjahresdurchschnitt ist doch eine Zunahme zu verzeichnen:

	1904	1905
Oberbergamtsbezirk Breslau	112 591	114 252
Dortmund	269 218	268 386
Ruhr	60 168	62 502
Ges. preuß. Steinkohlenbergbau	445 688	447 166

Der Rückgang im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist eine Folge der nach dem Generalstreik geschehenen Abkehr von über 6000 Arbeitern, die erst nach und nach wieder eingestellt oder ersetzt wurden. Das zweite Quartal weist denn auch schon eine stärkere Belegschaft auf wie das erste im Vorjahre. Die verstärkte Belegschaft ist aber nicht regelmäßig beschäftigt, sondern in Schlesien und Rheinland-Westfalen sind jetzt Feiertage üblich. Ein erheblich größerer Belegschaftsteil wie früher wird heute an den Overtagsanlagen an den Koksöfen mit Nebenproduktion, in den Ziegeleien usw. beschäftigt. Die Overtagsanlagen absorbieren einen bedeutenden Teil der Belegschaftsvermehrung. In die offiziellen Belegschaftsziffern sind nämlich sämtliche, auch die in oberirdischen, ausgedehnten Nebenanlagen begriffen.

Der Braunkohlenbergbau bietet hinsichtlich der Belegschaftsentwicklung auch ein besseres Bild. Wohl ist in den schlesischen, sächsischen und rheinischen Bezirken im zweiten Quartal 1905 die Zahl der Beschäftigten gegen das Vorquartal zurückgegangen, indessen bleibt im Halbjahresdurchschnitt doch überall eine Zunahme.

Der deutsche Eisen-Außenhandel. Nach dem starken Rückgang, den die Ausfuhr an Eisen und Eisenteilen im Juni dieses Jahres zu verzeichnen hatte, weist der letztverlossene Monat Juli wieder eine ganz beträchtliche Zunahme des Exports auf. Zwar hat gleichzeitig auch die Einfuhr fremden Eisens nach Deutschland eine geringe Erhöhung erfahren, doch wird diese durch die Zunahme der Ausfuhr um ein Mehrfaches übertrifft und der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr läßt den Juli als einen der günstigsten Monate des laufenden Jahres für die deutsche Eisenausfuhr erscheinen. Der Ausfuhr-Ueberschuß betrug bei 20 524 Tonnen Einfuhr und 276 325 Tonnen Ausfuhr 246 801 Tonnen, er übertrifft damit den des Vormonats um rund 36 000 Tonnen. — In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres bezifferte sich, wie die Rhein-Westf. Ztg. berechnet, die Einfuhr auf 177 490 Tonnen, die Ausfuhr auf 1 782 299 Tonnen und der Ausfuhr-Ueberschuß auf 1 584 770 Tonnen, gegen 212 887 bzw. 1 639 491 und 1 426 604 Tonnen für die gleiche Zeit des Vorjahres.

Aus der amerikanischen Eisenbahnstatistik. In den letzten fünf Jahren haben die Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten wenig gewonnen an Reineinkommen, aber die Gewinne der Bahngesellschaften sind stetig und stark gewachsen. Im Jahre 1899 betragen die Eisenbahnen eine Meilenlänge von 190 000 (englisch). Diese Zahl ist bis zur Gegenwart auf 210 000 gestiegen, eine Erhöhung um 10,5 Proz., also eine jährliche Steigerung von etwa 2 Proz. Die Bruttoeinnahmen, die 1899 als sehr hoch angesehen wurden, denn seit 15 Jahren waren keine 7000 Dollar pro Meile erzielt worden, betrugen 7161 Dollar pro Meile und der Reineinkommen 2272 Dollar. Nach dem gut unterrichteten „Wall Street Journal“ sind die Brutto-Einnahmen im letzten Rechnungsjahre auf 10 000 Dollar pro Meile und der Profit auf 3100 Dollar anzunehmen. Das ergibt seit 1899 in den Brutto-Einnahmen eine Steigerung von 30,6 Prozent und in den Profitten eine Steigerung von 34,8 Prozent. Die Besitzer haben natürlich alle Ursache, die Prosperität des Landes zu preisen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schäfte-Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Differenzen bei der Firma Gebr. Simon, Kochstr. 13a, sind beigelegt. Die Ortsverwaltung.

Aber! Die Sperre über die Arbeiter der Firma Bode u. Dangers, Tauenzienstr. 20, ist aufgehoben, da die betreffende Firma den Tarif schriftlich anerkannt hat. Die Wächter-Kommission.

Die Portefeuliers hielten am Mittwoch im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab zur Entgegennahme der Antworten der Berliner Fabrikanten auf die überreichten Lohnforderungen. Hienig berichtete. Die Lohnforderungen sind an 75 Arbeitgeber versandt worden. Eingegangen waren neun Antwortschriften, von denen einige zustimmend, zwei direkt ablehnend und die anderen ausweichend abgefaßt waren. Die Fabrikantenvereinigung hatte beschlossen, nicht in eine Einzelberatung zu willigen, sondern hatte eine Kommission von fünf Personen gewählt, welche mit einer ebenso starken Kommission der Arbeiter unterhandeln wollte. Die gemeinsame Lohnkommission der Arbeiter war darauf eingegangen und es hatten bereits am Mittwochnachmittag Verhandlungen stattgefunden, wobei in der Hauptsache seitens der Fabrikanten die minder grundlegenden Ansprüche der Arbeiter bewilligt worden waren. Die Freigabe des 1. Mai, der bisher immer gefeiert worden war, die Bezahlung der Wartezeit auf Zuschuß, die Berücksichtigung des Arbeitsnachweises der Portefeuliers, auch die 53 stündige wöchentliche Arbeitszeit war so neben anderen unwesentlichen Forderungen bewilligt. Die Forderung von Zutatzen oder Entschädigung lehnten die Fabrikanten in bezug auf Leim und Kleister ab, nur in bezug auf Arbeiten, die ein großes Quantum erfordern, soll eine Vergütung eintreten. Das Alter der Heimarbeiter wurde von 25 auf 23 Jahre herabgesetzt. Der Stundenlohn im ersten Jahre nach der Lehre wurde statt wie gefordert auf 37 Pf. nur auf 35 Pf. festgesetzt. Auch die Bezahlung der Ueberstunden konnte noch durchgesetzt werden; am Punkt „Mindestlohn“ scheiterten aber die Verhandlungen. Die Fabrikanten wollten nur Durchschnittslöhne bewilligen. Zwecks Schaffung eines Tarifs wollen sie mit den Arbeitern in Verbindung treten; derselbe soll bis zum 1. Juli 1906 ausgearbeitet werden. In der Diskussion wurde das Verhalten der Fabrikanten als Verschleppungsmanöver gewürdigt. Als Vertreter des Verbandsvorstandes sprach Weinschild-Offenbach. Er kritisierte scharf das Verhalten der Fabrikanten und gliederte die von ihnen bewilligten Punkte als für sie notwendig, da sie ihnen kein Geld kosten. Auf einen Tarif, der erst am 1. Juli 1906 in Kraft treten soll, dürfe man nicht warten, da dann der neue Posttarif Gültigkeit habe und die Situation für die Arbeiter jedenfalls schlechter sein werde. Ein Tarif müßte spätestens am 1. Oktober in Kraft treten. Er bestricherte schließlich einen Allfortarif für die einzelnen Werkstätten. Notwendig sei es, die Heimarbeiter zu verteuern, um die Fabrikanten davon abzubringen. Der Verbandsvorstand erteile seine Einwilligung zur Bewegung. Die Portefeuliers sollten zeigen, daß es ihnen ernst sei mit ihren Forderungen. Da 95 Proz. aller Portefeuliers organisiert seien, würde es ihnen auch möglich sein, die Anerkennung durchzubringen. Zum Schluß legte er eine Resolution vor, welche noch eine Verhandlung mit den Fabrikanten vorsieht. Nach längerer Debatte fand dieselbe in etwas abgeänderter Form einstimmige Annahme. Somabend soll die Antwort in den Händen der Lohnkommission sein, damit am Montag eine Versammlung einen endgültigen Beschluß fassen kann.

Zur Aussperrung der Kürschner. Der Arbeitgeber-Verband hat sich nun doch entschlossen, zum heutigen Freitag eine Mitgliederversammlung einzuberufen, um zu den abgeänderten Forderungen der Streikenden Stellung zu nehmen, weil die Antworten auf die vom Vorstande versandten Fragebogen betreffs Annahme oder Ablehnung der Forderungen nur sehr spärlich eingelaufen sind. Infolgedessen beschloß die geistige Versammlung der Streikenden, den Arbeitgebern mitzuteilen, daß der Streik sofort aufgehoben würde, sobald der Arbeitgeber-Verband sich bereit erklärt, die abgeänderten Forderungen gemeinsam mit der Streikleitung zu unterzeichnen. Geschieht das nicht, lautet der Beschluß weiter, so wird der Streik unverändert in der bisherigen Form weitergeführt.

Streik der städtischen Gasarbeiter Nizdorfs.

Gestern abend wurde in einer von fast allen in Betracht kommenden Gasarbeitern besuchten Versammlung der Ausstand beschlossen. Die durch Stimmzettel vorgenommene Abstimmung ergab, daß 67 Arbeiter für, 12 Arbeiter gegen den Streik votierten. Es kommen bei dem Streik circa 50 Arbeiter in Betracht, die mit

verschwindenden Ausnahmen organisiert sind. Auf Verlangen der Verbandsleitung und der in der Versammlung anwesenden sozialdemokratischen Stadtverordneten soll morgen Vormittag eine Deputation mit dem Bürgermeister Voigt Rücksprache nehmen. Sollte der Bürgermeister die Forderungen ablehnen, soll Freitag abend der Ausstand proklamiert werden. Zugug ist streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe.

Essen, 24. August. (Eig. Ber.) Die gestern begonnenen und heute fortgeführten Einigungsverhandlungen zur Beilegung der Differenzen im Baugewerbe dauerten bis abends 9 Uhr. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß ein Friedensprotokoll und ein Arbeitsvertrag mit abgestuften Lohnsätzen für das gesamte Industriegebiet vereinbart wurde. Die beteiligten Organisationen werden nun zu beschließen haben, ob sie die Friedensbedingungen annehmen wollen oder nicht. Wenn beide Parteien das Friedensprotokoll und den Arbeitsvertrag annehmen, soll die Arbeit am Montag, 4. September, im gesamten Industriegebiet wieder aufgenommen werden.

Die Bauarbeiter-Aussperrung in München hat für eine Reihe von Arbeitern, die nicht im entferntesten daran dachten, Forderungen an ihre Meister zu stellen, ganz schöne Erfolge gebracht. Befamlich haben die Dachdeckermeister auf Befehl des Scharfmacherverbandes ebenfalls ausgesperrt. Nun der Frieden im Baugewerbe wieder hergestellt ist, haben auch die Dachdeckermeister ihre Sperrten wieder geöffnet. Die Gehältern verlangten aber eine Kriegsgeldähnliche Erhöhung in Form einer Lohnsteigerung. Die Unternehmer riefen das Einigungsamt an, wobei auf die Dauer von drei Jahren folgende Lohnsätze festgesetzt wurden: Für Dachdecker Mindestlohn 60 Pf. (bisher Höchstlohn 58 Pf. pro Stunde), für Hilfsarbeiter Mindestlohn 50 Pf. (bisher Höchstlohn 45 Pf.). Die Mindestlöhne der Dachdecker betragen ab 1. April 1906 62 Pf. und ab 1. April 1907 64 Pf. pro Stunde. Die Ueberstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt, die Akkordarbeit wird vollständig abge schafft. Daß die Scharfmacher von ihrem Aussperrungsstreik geheilt sind, geht aus einer Aeußerung des Scharfmacherleiters Jellermann hervor, indem er während der Verhandlung meinte: Wir sperren überhaupt nicht mehr aus. — Das glauben wir gerne!

Die Schleifer der Fahrrad- und Nähmaschinenfabrik von Seibel u. Raumann in Breslau, 120 an der Zahl, legen einmütig die Arbeit nieder. Der Grund zu diesem Vorgehen liegt in den fortwährenden Abzügen und in dem brüsklen Auftreten der Direktion, die jegliche Verhandlung ablehnte. Zugug von Schleifern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten!

In dem Streik der Kölner Holzarbeiter stellt der christliche Holzarbeiterverband die Arbeitswilligen. Dafür ist der Streikbrechergewerkschaft in einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes die verdiente Anerkennung zuteil geworden. Der Scharfmacher Robbe vom Unternehmerverbände führte aus: Es handle sich in Köln um eine Machtfrage. Die christlichen Arbeiter hätten durch ihr mutiges Ablehnen des Streiks den Beweis erbracht, daß man die beiden Verbände nicht mit gleichem Maße zu messen habe. Es sei von den Meistern ein Jertum gewesen, wenn sie glaubten, daß im Lohnkampf alle Gesellen gleich seien. Das müsse für alle Zeiten festgenagelt werden, und man müsse den christlichen Arbeitern den Dank aussprechen, daß sie gewillt seien, die Arbeiten in den gesperrten Werksstätten zu verrichten. Die von 250 Personen besuchte Unternehmerversammlung nahm schließlich einstimmig eine Resolution an, worin sie ihre Genehmigung ausdrückt, daß der christliche Verband sich nicht an der Sperrung beteilige, und ihm dafür ihre Sympathie zollt. Die Zahl der Streikenden beläuft sich in dreißig Betrieben auf 420.

Die Holzarbeiter in Fürth i. B. sind in eine Bewegung eingetreten. Sie haben den Unternehmern folgende Forderungen gestellt: Verlängerung der Arbeitszeit von 57 auf 62 Stunden, Beibehaltung des bisherigen Lohnes für Zeitarbeiter, Erhöhung des Akkordlohnes um 10 Proz., Festsetzung von Mindestlöhnen wie folgt: im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 17 M., bis zum 20. Lebensjahre 21 M., über 20 Jahre 22 M., für Maschinenarbeiter 40 Pf. pro Stunde, für geliebte Arbeiter 43 Pf., für solche an der Prälehre und Abrihtungsmaschine 46 Pf. Für Kröpfer, Politurarbeiter und Wildhauer ist ein Tarif einzuführen. Der Deutsche Holzarbeiterverband, der christliche Holzarbeiterverband, der Fürth-Dürndorfer Gewerksverein und der Verband der Wildhauer gehen bei dieser Bewegung gemeinsam vor.

Der Textilarbeiterstreik bei der Firma Deuk u. Dettler in Schieffelin bei Arefeld hat mit einer Niederlage der Streikenden geendet. Die Ausständischen müssen nach einem vierzehntägigen Kampfe bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen, w. h. soweit sie von dem Unternehmer eingestellt werden. Wohl versprach der Unternehmer, daß er in Zukunft die billigen Wünsche der Arbeiter tunlichst berücksichtigen werde, ein Versprechen, welches keinen realen Wert hat. Der christliche Textilarbeiterverband, dem die Streikenden alle angehören, soll circa 70 000 M. an Streikunterstützung ausgezahlt haben.

300 Drahtzieher sind in dem Kabelwerk der Felten u. Guilleaume-Lameyer-Werke A.-G. in Wülheim a. Rhein, dem sogenannten Karlsdorf, in den Ausstand getreten.

Husland.

Die Streikbewegung in Ostfrankreich beendet. Aus Paris schreibt man uns: Im Beden von Longwy ist die Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter haben ihre wichtigsten Forderungen durchgesetzt. In mehreren Orten sind die Delegierten der „roten“ Gewerkschaft zur Prüfung der Bagen und Gewichte zugelassen worden. Ueber andere Streitpunkte werden nach einem Schiedspruch des Friedensrichters von Longwy die Verhandlungen nach Wiederaufnahme der Arbeit fortgesetzt. — Wenn die Unternehmer so von der organisierten Arbeiterkraft zum Nachgeben gezwungen worden sind, erhielten sie eine gewisse Genugung von den Bourgeoisrichtern, die wegen der „Streikvergehen“ drakonische Urteile verhängen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verluste. Berlin, 24. August. (W. Z. B.) Ein Telegramm aus Windhof meldet: Reiter Johann Michell, geboren am 11. 11. 83 zu Zeppenrade, am 21. August d. J. bei Ansbach vom Bremserfuß gefallen und überfahren. Linken Arm und linken Bein zerquetscht; am 22. August im Gensengheim Abodis infolge Blutverlustes gestorben. Gefreiter Heinrich Schul, geboren am 23. 10. 82 zu Baderborn, wird seit 15. August im Dänengelände bei Hapur vermißt.

Paris, 24. August. (W. Z. B.) Ministerpräsident Rouvier, Kolonialminister Etienne und General Planté, der Kommandeur der Subdivision von Soudan, hatten heute eine Besprechung, in welcher über die Maßnahmen beraten wurde, die an der marokkanischen Grenze getroffen werden sollen, falls der Sultan sich weigert, die anlässlich der Verhaftung eines Algeriers verlangte Genugung zu gewähren.

Die Revolution in Russland.

Warschau, 24. August. (Melbung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Ueber Stadt und Bezirk Warschau ist der Kriegszustand verhängt worden.

„Anarcho-Sozialismus“:

so nennt sich die neueste Frucht radikal-sonderbühlerischer Erkenntnistheorie für Berlin und Umgegend, und — Dr. Friedberg ist ihr Prophet. Zum Träger dieser neuen Glaubenslehre hat sich das lokalistische Berliner Gewerkschafts-kartell der „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ gemacht, das zu Mittwoch eine von circa 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung nach dem Feen-Palast einberufen hatte, woselbst Dr. Friedberg über „Weltanschauung und Taktik des deutschen Proletariats“ sprach.

Der Referent wies einleitend auf die vor ungefähr einem Jahre in Meiners Saal abgehaltene Versammlung derselben lokalistischen Gewerkschaften hin, in der damals die bekannte Friedberg'sche Generalstreikresolution zur Annahme gelangte, deren Inhalt und Gedanken dann von Friedberg und Friz Kater auf dem internationalen Kongress in Amsterdam vertreten wurden. Auf dem Kongress habe man jene Resolution spöttisch als das Weinungsprodukt einer kleinen Minorität der deutschen Arbeiter bezeichnet, die gewissermaßen in eigenbrütlicher Verbissenheit von der bisherigen „sieggekrönten Taktik“ des organisierten Proletariats abzuweichen wolle. Wie aber hätten sich seit einem Jahre die Dinge geändert! Allorts werde jetzt die Generalstreiksidee diskutiert und propagiert, bald in dieser, bald in jener Form. Selbst die sozialdemokratische Partei besaße sich gegenwärtig sehr eingehend mit dieser Idee, wenn auch in der verwässerten Form des „politischen Klassenstreiks“. Jedenfalls aber — und das sei die Frucht der vorjährigen Generalstreiks-Erörterungen — habe die Überzeugung, daß die Arbeiterbewegung eine neue Taktik zur Verwirklichung ihrer Ideale und Ziele einschlagen müsse, in immer weiteren Kreisen Wurzel gefaßt. Klar stehe es jetzt vor jedermanns Augen, daß die Arbeiterbewegung krank sei an Haupt und Gliedern. Während die Reaktion immer lächerlicher und drohender ihr Haupt erhebe, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung den Feudalismus zurückdränge, werde der Klassenkampfcharakter des Proletariats verwischt und die Kampfstaffel nicht vorwärts, sondern rückwärts revidiert. In den Gewerkschaften sei „Kübe“ die Signatur des Klassenkampfes geworden; der Parteigedanke, dieses hehre Symbol des Klassenkampfes, sei im Erlöschen begriffen. Hieran trage auch die sozialdemokratische Partei ihr gerütteltes Maß von Schuld, weil auch sie den Boden des Klassenkampfes verlassen und sich immer mehr in den parlamentarischen Nihilismus verfallen habe. Gleichwie die Gewerkschaften dem Neutralitätsbündel verfallen seien, so habe sich auch die politische Partei der Weltanschauung des Proletariats gegenüber als „neutral“ erklärt. Dies habe seine Ursachen in der dogmatischen Auffassung des Marxismus und des historischen Materialismus. Dem Marxismus gehe es, wie es schon mancher großen Theorie gegangen sei. Was über den Gang der Entwicklung zuerst als Wahrheit gepredigt werde, sei nach einiger Zeit nur noch halb wahr, bis es schließlich als falsch nachzuweisen werden müsse. So sage er: Die Auffassung vom historischen Materialismus sei wahrscheinlich nie ganz wahr gewesen, wie sie allerdings auch nicht ganz falsch sein dürfte. Zum mindesten bedürfe aber der Satz von Marx, daß die ökonomischen Verhältnisse das ganze Denken und Handeln der Menschen bedingen, einer gründlichen Korrektur. Zwischen der ökonomischen Struktur der Gesellschaft und dem Innenleben des Menschen bestehe vielmehr eine stete Wechselwirkung, die das Denken und Handeln der Menschen je nach den geänderten Verhältnissen auch verschiedenartig beeinflusse. Von dieser Erkenntnis ausgehend, müsse gesagt werden, der Marxismus in seinem erstarreten Dogmatismus sei nicht mehr ein Ansporn, sondern ein Hemmschuh für den Fortschritt des kämpfenden Proletariats geworden. Redner begründete diese Auffassung in einer längeren theoretischen Darlegung, in der er den Nachweis zu erbringen versuchte, daß die ganze gegenwärtige Taktik der Sozialdemokratie der eigentlichen revolutionären Weltanschauung des Proletariats zuwiderlaufe und notwendigerweise zur völligen Verwässerung der Arbeiterbewegung führen müsse. Die Sozialdemokratie, so fuhr er fort, habe den Sozialismus preisgegeben und verfallen — ihr Erbe sei der Anarcho-Sozialismus, wie er (Friedberg) ihn vertritt. Seine Theorie bestehe in der sachgemäßen Zusammenfassung und Wertsetzung von Altem und Neuem. Mit sei die Wiederbelebung des revolutionären Empfindens der Arbeiterschaft, neu sei die Propagierung der Generalstreiksidee, beides Dinge, von der die heutige Sozialdemokratie nichts wissen wolle. Durch den Einfluß der Sozialdemokratie sei das Proletariat heute gefesselt worden wie die herrschenden Klassen, die auf alle ihre Gesehe pfeifen, wenn sie ihnen un bequem werden. Ja, gehe doch ein Führer der Partei soweit, zu erklären, daß, falls dies Vaterland — das Vaterland der herrschenden Klassen — in Gefahr sei, selbst er noch die Hände auf seinen alten Wudel nehmen würde, um jeden Mann drei Woden zu verteidigen. Und wenn ein frei empfindender Volk in irgend einer sozialdemokratischen Versammlung mal ein freies kräftiges Wort an die Arbeiter richte, dann erheben sich die politischen Drahtzieher der Partei ganz entschuldigt von ihren Ecken und jammerlich, jener wolle das Volk vor die Bajonette treiben. Das Proletariat werde in der Partei und den Zentralverbänden geradezu zur Feigheit erzogen. Deshalb müßten sich alle, die eine vernünftige Auffassung von der Freiheit und Würde des Proletariats hätten, um das neue Banner des Anarcho-Sozialismus scharen, dem sicher eine große Zukunft beschieden sei, und der die Ideale des Sozialismus auch tatsächlich verwirklichen werde. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion nahm zunächst Dannenberger, Mitglied der lokalistischen Metallarbeiter-Gewerkschaft das Wort und erklärte, er müsse ausdrücklich betonen, daß er mit der neuen Theorie Friedbergs in keiner Hinsicht einverstanden sein könne; ja er würde es als schmachvoll empfinden, wenn er als Mitglied der Partei die Friedberg'schen Angriffe auf die Partei unwidersprochen lassen würde. Redner polemisierte dann gegen die anarchische „Anarcho“-Theorie, wurde aber permanent durch Zwischenrufe unterbrochen. Auch brachte er eine Resolution ein, deren Inhalt jedoch in der Unruhe verloren ging. — Als weitere Redner beteiligten sich an der Debatte Sewelow vom Fabrikarbeiter-Verband, der von der neuen Lehre ganz entusiasmiert war, ferner Hmrath, Handlungsgehilfe, der es nicht für absolut notwendig hielt, sich bei aller Sympathie für die Friedberg'schen Ideen vom Marxismus abzugewenden, und schließlich Friz Kater. Letzterer meinte, wenn man auch nicht gerade mit jedem Wort Friedbergs einverstanden zu sein brauche (es schien sich dieser Hinweis auf den neuen Taufnamen „Anarcho-Sozialismus“ zu beziehen), so ließe doch fest, daß dem Proletariat zur baldigen Erreichung seiner Ziele neue Wege geöffnet werden müßten. Deshalb habe auch das Gewerkschaftskartell im vollen Einverständnis mit Dr. Friedberg nachstehende Resolution verfaßt, die er ebenso wie der Referent zur Annahme empfahl:

Eine Reihe von Ereignissen in Deutschland haben im letzten Jahrzehnt ein gewaltiges Erschauern der Reaktion und ein Zurückweichen des deutschen Proletariats aus bereits gewonnenen Positionen materieller wie seelischer Entwicklungsmöglichkeit bekundet (Wahlrechtsraub in Sachsen, Hamburg, Lübeck, Dresden, Verdrängung der Schule in Preußen, Festigung der Junkerklasse durch Kornzölle, Vernichtung der Minoritätsrechte durch Geschäftsordnungssturm im Reichstage, Neutralitätserklärung der Gewerkschaften, Abschöpfung der Raiferei zc. zc.), während wie bei anderen Völkern, Romanen und Slaven, ein starkes Fortschreiten im Klassenkampf und der inneren wie äußeren Befreiung der Massen wahrnehmbar können.

Die parlamentarischen Scheinversuche, wie auch die vielfach erfolgte Verringerung der Lebenshaltung können über die Rückschritte im Klassenkampf nicht hinwegtäuschen, da die ersteren vornehmlich dem Zurückstellen, fast sogar Verleugern aller revolutionären Ziele, die letzteren der überaus günstigen wirtschaftlichen Gesamt-

entwicklung Deutschlands zu verdanken sind. Die dogmatische Auffassung des Marxismus, des historischen Materialismus, hat das deutsche Proletariat unter Beiseiteführung aller direkten revolutionären Beeinflussung seine ganze Kraft Jahrzehnte hindurch vornehmlich der allmählichen Umänderung der ökonomischen Verhältnisse zuwenden lassen, welchen Bestrebungen die parlamentarische wie gewerkschaftliche Aktion heute hauptsächlich gewidmet sind. Diese auf dem Boden und innerhalb des gesetzlichen Rahmens des heutigen Klassenstaates vor sich gehenden Bestrebungen konnten nur unter Einwirkung des Sozialismus mit seiner revolutionären, internationalen, glaubenslosen, auf die Befreiung des ganzen Menschen gerichteten Weltanschauung erfolgen, der zu einer lediglich auf Aenderung der ökonomischen Verhältnisse gerichteten Bewegung umgeformt und zugespitzt wurde. Wenn es vielleicht eine historische Notwendigkeit war, zur Schaffung des Organisationsrahmens so vorzugehen, so ist die Aenderung der Taktik zu schneller endgültiger Erreichung der Ziele des Sozialismus jetzt dringend geboten. Nicht das Parlamentieren mit den Gegnern und das Erzingen von Augenblicksvorteilen darf jetzt im Vordergrund stehen, sondern die Umwandlung der für den wirtschaftlichen Kampf beruflich organisierten Proletarier zu Klassenkämpfern, ihre Loslösung vom heutigen Klassenstaat, dessen Gesehen und Institutionen.

Der schwerste Schlag, den das deutsche Proletariat in seinem Klassenkampf empfangen, ist deshalb die sogenannte Neutralitätserklärung der Gewerkschaften, wodurch diese für den Kampf zwischen Kapital und Arbeit ausschlaggebende Institution des Proletariats ihrer eigentlichen Bestimmung entfremdet und das Proletariat seiner wichtigsten Waffe im Klassenkampf beraubt ist. Parlamentarismus und Neutralität der Gewerkschaften haben zwar einen weiten Personenkreis der Arbeiterbewegung zugeführt, aber nur unter Preisgabe aller wirklichen Ziele und der Zukunftshoffnungen des Proletariats. Ein völliger Frontwechsel in der Verwendung der materiellen wie geistigen Kräfte tut not, die vornehmlich für Vertiefung des Klassenkampfcharakters der Bewegung verwendet werden müssen.

Der Klassenkampf, der kein politischer, sondern ein wirtschaftlicher und psychologischer (Revolutionierung der Köpfe) ist, muß sein einheitliches Gepräge wiedererhalten durch Bildung von sozialistischen Klassenkampforganisationen, die unter Zusammenfassung und Heranbildung wahrhaft revolutionärer Elemente sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die Träger des ganzen auf Umsturz der Klassenherrschaft gerichteten Befreiungskampfes sind.

Der auf der Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse aufgebaute Kapitalismus kann nur gestürzt werden durch Entziehung und Verweigerung dieser Arbeitskraft seitens der ganzen proletarischen Klasse. Ihren Ausdruck finden die dahin gerichteten Bestrebungen in der Idee des Generalstreiks und der Agitation für denselben.

Deshalb erachtet die am 23. August 1905 im Feenpalast tagenden, dem Berliner Gewerkschaftskartell angehörenden Organisationen der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, die Schaffung und den Ausbau sozialrevolutionärer Gewerkschaften, welche alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Bewegungen zusammenfassen und ihre vornehmlichste Kraft der Propaganda und Herbeiführung des Generalstreiks widmen, als die zurzeit wichtigste Aufgabe des deutschen Proletariats.

In seinem Schlusswort betonte Dr. Friedberg, die Frage des Generalstreiks werde nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden. Die Annahme der Resolution sowie der Verlauf der ganzen Versammlung würden sicher ihre wohltuende Wirkung auf den Jenaer Parteitag ausüben.

Die Resolution wurde darauf gegen circa 20 Stimmen angenommen.

Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. *)

Von Klara Jettin. (Fortsetzung.)

In Crimmitschau war am 10. Februar 1869 in innerer Verbindung mit der Spinn- und Webgenossenschaft von 300 Genossen eine Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter gegründet worden. Sie setzte ein Komitee ein, welches mit den Vorarbeiten für die Einberufung eines allgemeinen Kongresses der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter betraut wurde. D diesem Organisationskomitee, in dem alle Arten der Textilarbeiter vertreten waren, gehörten zwei Proletarierinnen an: Frau Wilhelmine Weber und Frau Beuschel, Handarbeiterinnen. Am 10. April berief es für die Pfingstfeiertage den geplanten Kongress nach Leipzig ein. Es wendete sich an „alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter: als Weber, Tuch-, Woll-, und Zeugmacher, Wärler und Posamentiere, Spinner-, Appretur- und Färbereiarbeiter, sowie Fachwerkmänner jeglicher Stellung und beiderlei Geschlechts“. „Im Auftrag von mehr als 800 Köpfen der benannten Berufsarten in Crimmitschau bezieht es als Zweck des Kongresses, eine „Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts“ zu bilden, mit anderen Worten: die bereits bestehende Organisation auf breitere als die lokale Basis zu stellen, zum Verband zu erweitern. Der harte, frische Odem des proletarischen Klassenbewusstseins durchwehte den Aufbruch des Komitees, dem Stehfest, Motteler, A. Mehlhorn, G. Albert, Franz in Glauchau u. a. angehörten. Und nicht eine leere Formel, der Ausdruck zielklaren Willens und Willens war es, daß Proletarierinnen in ihm Sitz und Stimme hatten, und daß an die Textilarbeiter „beiderlei Geschlechts“ die Mahnung zum geschlossenen Aufmarsch erging. „Denn“, so erklärte das Komitee, „auch unsere Frauen und unsere Töchter sind binnegegriffen und als eine zweiseitig schmachvolle Beute schmachvoll preisgegeben in diesem Krieg aller gegen alle.“

Aus der Erkenntnis, daß die Proletarierin der kapitalistischen Ordnung schuldlos und kampfsfähig zugleich gegenübersteht, wurde das Streben geboren, die Frauen als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitglieder der Internationalen Gewerkschaft einzugliedern. Bei ihrer Gründung, welche auf der Leipziger Tagung am 15., 16. und 17. Mai erfolgte, erbob der Delegierte Szymonowski die Frage, ob auch die Frauen gleiches Stimmrecht haben sollten. Aus den Berichten über die Verhandlungen des Kongresses erhellt nur indirekt die bejahende Antwort auf diese Frage. Direkt liegt sie in dem Statut der Organisation vor. Nach § 3 war als gleichberechtigtes Mitglied zugelassen: „jeder Arbeiter der oben benannten Gewerbe ohne Unterschied des Alters, Geschlechts und der Berechtigung, sowie jeder Kleinmeister und jede Kleinmeisterin“. § 4 setzte fest: „Jedes Mitglied ist zu jedem Amt der Gewerkschaft wählbar“. Die weiblichen Mitglieder besaßen also zum Stimmrecht auch das Recht der Wählbarkeit. Bezüglich der materiellen Verpflichtungen gegen die Gewerkschaften, wie der Verteilung, welche sie gewährte, waren sie den männlichen Mitgliedern völlig gleichgestellt. Sie zahlten wie diese 2 Sgr. Eintrittsgeld und 2 Sgr. Monatsbeitrag und bezogen im Falle unverschuldeter Arbeits- oder Erwerbslosigkeit vom ersten Tage an eine Unterstützung von täglich 12 1/2 Sgr.

Der Kongress verlegte den Sitz der Gewerkschaften unter Berücksichtigung der vereinzelten Verhältnisse nach Eßlingen in Württemberg, den Ausbruch aber nach Crimmitschau. Crimmitschau war der Mittelpunkt des Verbandslebens, seine Seele war

Motteler. Die Organisation baute sich auf der Grundlage des Unterstützungswezens auf. Sie gewährte Unterstützung bei unverschuldeter Arbeits- und Erwerbslosigkeit, Unterstützung und Rechtshilfe bei Verdrängungen und ungeschätzten Anforderungen der Arbeitgeber und Behörden und Wanderunterstützung aus einer allgemeinen Kasse. Jedes Mitglied war verpflichtet, an seinem Aufenthaltsort einer Krankenkasse anzugehören, zwischen den verschiedenen Kranken- und Unterstützungskassen sollte „Freizügigkeit“ herbeigeführt werden, das heißt der losenlose Uebertritt der Mitglieder im Falle des Ortswechsels. Die Gründung weiterer Krankenkassen usw. wurde vorgesehen. Das Unterstützungswezen — darüber liefen die Verhandlungen des Kongresses wie alle späteren Generalversammlungen keinen Zweifel — war gleichzeitig Selbstzweck und Mittel zum Zweck. Es sollte die Textilarbeiter gegen die schlimmste Unbill des ausbeutenden Kapitalismus schützen und diese dadurch verteidigungs- und kampfsfähig gegen diesen selbst halten. Es sollte durch materiellen Beistand bei Kämpfen und Lohnbewegungen den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erleichtern, wie dies die Genossenschaft außerdem durch „Regelung und Beaufsichtigung des Beschäftigungswezens, der Frauen- und Kinderarbeit“ erzielte. Es sollte einen festen, materiell bindenden Sammelpunkt schaffen, der Träger der Klassenkampfsidee war, von dem aus das Ideale, Fruchtbares von der Erkenntnis der Klassengegensätze verbreitet wurde.

Riffen erzählen von den Bemühungen, die Frauen für die Gewerkschaften zu gewinnen, und der werdenden Kraft der entfalteten Agitation. Als auf der ersten Generalversammlung zu Crimmitschau, am 9., 10. und 11. Juli 1870, Wilhelm Stolle, einer von unserer alten Garde, der heute noch kämpft, den Bericht gab, konstatierte er, daß der Organisation „6000 bis 7000 Mitglieder angehören, davon 1/3 weiblichen Geschlechts“. Seinen Angaben lagen die Ergebnisse von Fragebogen zugrunde, die auch Auskunft über die Zahl der weiblichen Mitglieder verlangten hatten. Die Befriedigung über den weiblichen Mitgliederstand fand ihren Ausdruck in einer bezeichnenden Redewendung, die seit der Crimmitschauer Generalversammlung auslief. Man nannte die Gewerkschaften „die Mutter mit den fünf Söhnen“. Das wichtigste Resultat der Crimmitschauer Beratungen war die Gründung einer Krankenkasse der Gewerkschaften. Sie erfolgte unter Berücksichtigung der Interessen der Frauen und im Hinblick auf ihre Organisation.

Nach Seiten der Pflichten und Rechte bis kannte das Statut nur gleichgestellte Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechts, zeigte aber bereits einen bescheidenen Anseh zum gebührenden Sonderseh, dessen die Proletarierin als Mutter bedarf. Wenn weibliche Mitglieder nach der Niederkunft länger als neun Tage krank waren, so führte es ihnen vom gebührenden Tage an die Krankenunterstützung zu; diese wurde vom ersten Tage der Einbindung an gewährt, sofern ärztlicher Beistand erforderlich gewesen war. Das Referat über die Krankenkassenfrage wurde von Robert Seidel erstatet, der damals als Weber in den vordersten Reihen des kleinen Häufleins Klassenbewußter sächsischer Arbeiter stand, wie er heute als geachteter Pädagog und Schriftsteller unermüdet für die sozialistische Weltanschauung kämpft. Er befehlte die sozialen Burgen der Krankheiten im Proletariat, bezeichnete es als eine Hauptaufgabe der Krankenkassen, den Krankheits durch Auflösung über ihre Ursachen entgegenzuwirken, und tadelte, daß die Frauen teilweise die Frauen auslöschten. Motteler empfahl ausdrücklich, die Krankheiten der Frauen gebührend zu berücksichtigen. Um den Proletarierinnen den Beitritt zur Krankenkasse zu erleichtern, dabei aber die Ausbreitung der Stammgenossenschaft zu fördern, beschloß die Generalversammlung: „Der Mitglied der Krankenkasse werden will, muß auch Mitglied der Gewerkschaft sein; Frauen von Mitgliedern brauchen jedoch nur Mitglieder der Krankenkasse zu werden.“

Für die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung aber ist es das bedeutendste Ereignis der Crimmitschauer Tagung, daß eine Proletarierin als Gleich unter Gleichen für ihre Klassen- und Geschlechtsgenossinnen die Stimme erhob. Frau Christiane Beuschel, welche die Gründung der Gewerkschaften mit in die Wege geleitet hatte, nahm als Mitglied des Lokalkomitees an der Generalversammlung teil. Sie befehlte die Gewährung von Krankenunterstützung bei längerer als neuntägiger Dauer des Wochenbetts. Aus der Erfahrung ihrer proletarischen Existenz heraus wendete sie sich gegen die fälschlich-mittrauische Meinung, die Frauen würden durch lange Inanspruchnahme des Wonnus die Klasse brandstücken. Sie betonte, daß den Frauen hauptsächlich darum zu tun sei, ihre Wirtschaft sobald wie möglich wieder betreiben zu können.

Trotz der Schwierigkeiten und Gefahren, welche die politische Situation in der nächsten Zeit für die Internationale Gewerkschaften schuf, ergänzte diese ihre Tätigkeit durch die Bemühungen, im Sinne der Internationalen aufklärend und vorwärtstreibend innerhalb anderer Organisationen und Strömungen zur Sammlung und Hebung des Textilproletariats zu wirken. Delegierte der Gewerkschaften nahmen hervorragenden Anteil an den beiden Weberkongressen, an dem ersten deutschen Weberkongress zu Glauchau und dem zweiten zu Berlin, der zur Gründung des deutschen Weber- und Manufakturarbeiterverbandes führte. In Gemeinschaft mit den Genossen lassellanischer Richtung — von denen sie sich in der Hauptsache nur durch das stärkere Hervorheben der Notwendigkeit internationaler Organisation unterschieden — traten sie vor allem jeder zünftigen Beschränktheit entgegen und suchten den kleinmeisterlichen Standesbündel durch das proletarische Klassenbewußtsein zu zerdrücken. Sie waren es vor allem, welche die wieder und wieder auftauchende Meinung bekämpften, die organisierten Textilarbeiter für die Abschaffung der industriellen Frauenarbeit zu mobilisieren. Die maßgebende Entscheidung, auf welche spätere Tagungen zurückzuführen, wurde in Glauchau (28. bis 30. März 1871) gefaßt, dies aber sicherlich unter dem Eindruck der wohl begründeten Auffassung wie des Beispiels der Internationalen Gewerkschaften. Frau Beuschel, welche von den Crimmitschauer Gewerkschaften als Delegierte zum ersten Weberkongress entsandt war, wendete sich gegen das Verlangen nach Befreiung der Frauenarbeit. Gegen ihre verdrücklichen Begleiterscheinungen rief sie zur internationalen Organisation auf und forderte dabei die Einbeziehung der weiblichen Arbeiter als Gleichberechtigte in die Genossenschaften und Gewerkschaften, gleichen Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts und einen gesetzlichen Normalarbeitsstag. Genossin Beuschel beteiligte sich auch an der Debatte, um den Antrag Bebel zu befürworten, daß es „dringende Pflicht der Arbeiter sei, Gemahregelte materiell und moralisch zu unterstützen“. Ihre Ausführungen finden unzweifelhaft die Seele der Internationalen. Sie erweisen des weiteren, daß die Internationale Gewerkschaften Kämpferinnen umschloß, die den Männern nicht bloß gleichberechtigt, sondern auch ebenbürtig an Fähigkeiten und Schulung waren. Denn wahrlich, an sachlichem Wert, an Arbeit, Bestimmtheit und Logik des Gedankens übertrafen Frau Beuschels Ausführungen die Reden zahlreicher männlicher Delegierter und stellen sich denen der geschuldeten Köpfe ebenbürtig zur Seite. Der Vorkämpferin der Frauenbewegung der Internationalen gebührt ein gut Teil des Verdienstes, daß entgegen dem Antrag Malesch auf Verbot der Frauenarbeit, die Resolution Bebel zur Annahme gelangte, welche besagt: „Es ist Pflicht der Genossen, dahin zu wirken, daß die Frauen in den Fabriken und Werkstätten mit in die Gewerks- und Fachorganisationen als gleichberechtigt einziehen, und es dahin zu bringen, daß die Löhne der Frauen und Männer gleichgestellt werden.“

Weder fehlen genaue Nachweise darüber, in welchem Maße die Agitation und der Ausbau der Internationalen Gewerkschaften weiterhin die Frauen zu Schutz und Trutz in den Vorkreis der Organisation geführt hat. Die Generalversammlung zu Crimmitschau, welche Zeugnis von ihrer gesunden Blüte ablegte, hatte am Vorabend weltgeschichtlicher Ereignisse getagt. Sie griffen mit harter Hand in die historischen Bedingungen der Emanzipations-

*) Siehe Nr. 105 d-5 „Vorwärts“.

Bestrebungen des deutschen Proletariats ein. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des deutsch-französischen Krieges wirkten lähmend auf die Entwicklung der Gewerkschaften zurück. Handel und Wandel stiegen; die materielle Leistungsfähigkeit der arbeitenden Masse gegenüber der Organisation sank, ihre Hilfsbedürftigkeit und damit die Inanspruchnahme der Massen steigerte sich. Der Krieg selbst lichte die Mitgliedschaften und entzifferte die Agitation, den lokalen Ausschüssen und Vereinen, dem Aufschwung vieler der tüchtigsten Kräfte. Als ausgesprochen proletarische Kampforganisation bekam die Gewerkschaftsgenossenschaft ihr gut Teil von der Sturmflut der Verfolgungen ab, welche der ruhmvolle Protest der Sozialdemokraten gegen den Krieg, ihre Sympathien für die heldenhaften Kommunekämpfer wider die „Vaterlandsfeinde“ und „Unflätzer“ entfesselte. Der auf den Schlachtfeldern aus der Taufe gehobene Nationalstaat der deutschen Bourgeoisie wachte, was seines Amtes gegenüber den Lebensäußerungen und Organen der jungen Massenbewegung des Proletariats war. Die Behörden lösten manche Mitgliedschaften der Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaft auf und schikanierten in unglücklicher Weise andere. Zweimal wurde die zweite Generalversammlung verboten, die zuerst in Weerane, dann in Hof tagen sollte. Um der Willkür gewisser Polizeibehörden zur beliebigen Auslegung unserer Organisation nicht mehr Anhalt zum Einschreiten, zur Verfolgung und Schädigung, ja zur Auflösung der Gewerkschaftsgenossenschaft zu geben, mußten die statutenmäßigen Veröffentlichungen im „Vollstaat“ unterbleiben. Erst am 25., 26. und 27. Dezember 1872 konnte in Weimar die dritte Generalversammlung tagen. Hier wurden ebenso wie bei der vierten Generalversammlung zu Chemnitz am 24., 25. und 26. Mai 1874 nur schätzungsweise Angaben über den Mitgliederstand im allgemeinen vorgelegt, ohne Hinweis auf die Zahl der weiblichen Mitglieder. Die Beteiligung der Frauen an der Organisation scheint jedoch nach wie vor eine rege gewesen zu sein. Allerdings wurde sie zum Teil nicht durch das Verständnis für die gesamten und höchsten Ziele der Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaft bestimmt, vielmehr durch den Anreiz der Krankenkasse. Die Verhandlungen der dritten und vierten Generalversammlung lassen das klar hervortreten. Aber immerhin hatte sich nach dem Zeugnis unseres Mittlers eine nicht unbedeutende Zahl von Frauen der Stammgenossenschaft in zureichender Würdigung ihres Wesens und Strebens angeschlossen. Inwiefern dies bei den einzelnen Mitgliedschaften der Fall war, dafür waren meiner Ansicht nach zwei Umstände ausschlaggebend: Der Reifegrad der industriellen Produktion und von ihr bedingt der Umfang der industriellen Frauennarbeit; die Einsicht und der Eifer, mit welchen ein kleiner Stab von Genossinnen und Genossen unter den Proletarierinnen für den Sozialismus tätig waren. In den Textilzentren des sächsischen Erzgebirges wirkten beide Umstände zusammen. Hier rekrutierte daher die Stammgenossenschaft und ihr tüchtigster Bewandlung die größte Zahl ihrer Anhängerinnen, hier erstanden unter den Proletarierinnen selbst Evangelistinnen des sozialistischen Befreiungsgedankens.

Die oben aufgezeigte Situation aber erklärt den Charakter der Debatten, die sich auf der dritten und vierten Generalversammlung der Gewerkschaftsgenossenschaft um die Mitgliedschaft der Frauen drehten. Zwei Tendenzen traten betreffs ihrer in Erscheinung: Die Neigung, aus engbegrenzter Besorgnis um den Krankenstand die Frauen von den Unterstützungsanstaltungen auszuschließen bezw. ihr Anspruchsrecht herabzumindern; die andere Meinung, die Frauen mittels der Krankenkasse zum Anschluß an die Stammgenossenschaft zu zwingen. In Weimar stellte die Mitgliedschaft Schweinau folgende den Antrag: „daß in die Krankenkasse keine Frauen mehr aufgenommen werden sollten“. Die Mitgliedschaft Schweinau forderte in Chemnitz, daß die Wöchnerinnenunterstützung erst vom vierzehnten Tage nach der Niederkunft an zu gewähren sei. Beide Ansinnen wurden glatt zurückgeschlagen. Mittlere entkräftete die Drohung der Braunschweiger Mitgliedschaft, auf Grund des lokalen Selbstverwaltungsgesetzes die Frauen auszuschließen zu wollen, durch den Hinweis, daß dieses Recht eine Grenze finde an den Satzungen der Gesamtgenossenschaft. Die Hauptverwaltung werde über die Filiale hinweg die ausgeschlossenen Frauen in die Kasse aufnehmen, die ausdrücklich für die Frauengenossein „beiderlei Geschlechts“ gegründet worden sei. Der Behauptung, daß vorzüglich Frauen die Kasse stark in Anspruch nähmen, und zwar oft Frauen, deren Männer der Bewegung feindlich gesinnt wären, stellte ein Delegierter aus Grimmitzschau eine Tatsache entgegen. In Grimmitzschau waren mehr Frauen als Männer organisiert, aber die Männer beanspruchten mehr Unterstützung als die Frauen. Ein Vermittlungsbefehl beantwortete auf beiden Generalversammlungen den Antrag, daß jedes Mitglied der Kranken- und Sterbekasse auch der Stammgenossenschaft angehören müsse. In Weimar wurde für Ausnahmefälle, in Chemnitz jedoch überhaupt jeder Mitgliedschaft das Recht zuerkannt, die Zugehörigkeit zur Kranken- und Sterbekasse von der Zugehörigkeit zur Stammgenossenschaft abhängig zu machen, vorausgesetzt, daß erstere dadurch nicht geschädigt werde. Die Gründung einer Sterbekasse war von der Generalversammlung zu Weimar beschlossen worden. Der Beitritt zu ihr stand jedem Arbeiter oder dessen Frau, resp. jeder Arbeiterin der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiterbranche offen. Die Leitung und Verwaltung der Kasse sollte in den Händen von „gewählten Vertrauenspersonen beiderlei Geschlechts“ ruhen. Der Einsicht der Gewerkschaften wird ein ehrendes Zeugnis durch die Entscheidung ausgestellt, im Statut der Krankenkasse die Bestimmung zu streichen, daß Syphilitische nicht unterstützungsberechtigt seien. (Schluß folgt.)

Versammlungen.

In bezug auf die Parteiversammlungen sind uns einige Zuschriften zugegangen.

Genosse James Broth bittet um folgende Verlautbarung: Nach dem naturgemäß kurzen, hier aber mißverständlichen Versammlungsbericht soll ich gesagt haben: „Jedes Wort, das der „Vorwärts“ schreibt, gelte bei den Genossen als bare Münze“. Eine derartige Kritiklosigkeit der Genossen habe ich aber weder im Ausdruck geäußert, noch würde ich, der ich gerade für jeden Genossen das Recht freier Kritik in Anspruch nehme, eine solche jemals befürworten. Ich sagte vielmehr: Jedes Wort, das der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, schreibt, wird von den Genossen wie von den Gegnern entgegengenommen als in der Parteiveröffentlichung gemünzt. Diese von der Partei selbst ausgegebene Münze wird aber fast völlig entwertet dadurch, daß sie unter Duldung der Partei von selten eines gleichfalls offiziellen Parteiorgans, das sich selbst sogar noch der hervorragenden Stellung rühme, systematisch herabgewürdigt wird.

Genosse Eugen Umrath schreibt: Die Behauptung im Bericht über die Parteiversammlung des fünften Wahlkreises, daß die kritischeren Ausführenden die Versammlung lebhaft begrüßt haben, ist unrichtig. Dies war bei meinen späteren Ausführungen über den Generalkongress — bei Begründung meiner Resolution über Waifer und Generalkongress — der Fall, während der Bericht die Meinung zu erwecken sucht, als hätten meine Angriffe gegen den „Vorwärts“ den Unwillen der Versammlung erregt.

Genosse Liepmann teilt uns mit, daß seine Ausführungen bezüglich der Vertretung der Reichstagsfraktion mißverständlich wiedergegeben seien. Er habe gesagt: „Wenn auch, nach meiner Meinung, in Verwaltungsfragen die Unorganisierten nichts mitzureden hätten, so seien doch die Abgeordneten als Vertrauensleute des Volkes zu betrachten. Bei dem hohen Wert, den die Partei darauf lege, mit der breiten Masse in innigem Kontakt zu stehen, wäre es daher unrichtig, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler in dem bisherigen Zusammenhang mit der Partei resp. dem Parteitag zu beschränken. Dieser Auffassung seien die Vertrauensleute Berlins

und Umgebung leider nicht beigetreten und müsse ich mich daher enthalten, über den Gegenstand zu diskutieren, da ich selber Vertrauensmann sei und mich nun der Majorität fügen müsse.“

Briefkasten der Redaktion.

G. B. Rein, durch die Reichsverfassung ausgeschlossen. — **G. 2. 25.** Wir bedauern, Ihren Wunsch nicht nachkommen zu können, da wir die Verantwortung nicht tragen können. — **Galiste**. Läßt sich momentan nicht sicher feststellen. — **M. W. 07.** Eine plötzliche Veränderung stößt den Kreislauf. — **N. 16.** Können wir bis jetzt leider nicht ermitteln. — **G. B. Ja.** — **G. R. A.** Ein Quadratmeter hat 3 1/2 mal 3 1/2, also 12 1/4 Quadratfuß.

Liesener. Um die Wette: 16—17 Millionen im Jahre. — **Kohde**. Ueberflüssige Wette. Lesen Sie sich in einem Konversationslexikon dem. In einer Spezialgeschichte des Krieges von 70/71 den Schlachtfeldbericht nach. — **M. W. 210.** Wir haben kein Urteil darüber, weil wir das Institut nicht kennen. Näheres vielleicht durch die Vereinigung der Vorkrieger: Albert Senow, hier, Birkenwälderstr. 34, 2. Seitenflügel II. — **G. R. 56.** Wir kennen das Gräfin nicht. Werden Sie sich doch an das kommunale Oberhaupt einer der von Ihnen bezeichneten Gemeinden. Rüdichs bezahlte Rückantwort. — **Schiedsgericht**. Das Vergehen ist der Sorge Würsel. — **G. Hildesheim**. Besten Dank für Ihren Hinweis, aber wir können heute leider nicht mehr davon Notiz nehmen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Beendet: abends 7 Uhr.

Juristischer Teil.

G. B. 112. Der Vertrag ist gültig. Unüberlegtheit entbindet nicht vom Vertrag. Deshalb haben wir unendlich häufig den Rat erteilt: Vor Abschluss eines Vertrages denselben genau durchlesen, aber keine Tragweite sich klar werden, Abschlüsse nehmen und erst dann eventuell unterschreiben. Nach der Unterschrift kann der Vertragsschließende nicht mehr einseitig zurücktreten. — **G. 185.** Ihr Mann ist in vollem Umfang verpflichtet, für Sie und Ihre ehelichen Kinder Alimente zu zahlen und darf sich dieser Pflicht keineswegs durch Drohungen, Schimpfwörter und Schlägen entziehen. Sie würden gut tun, die von Ihnen gelieferten Vorläufe sich durch Zeugen glaubhaft machen zu lassen und dann auf Alimentation für sich und Ihr Kind, Gehaltens getrennt vom Mann zu leben und Entziehung der elterlichen Gewalt zu klagen. In diesen Bezug erwiesen Sie das Armenrecht. — **Rudolf 26.** Für die Gründung der Handlungsgesellschaft sind die Artikel 66—72 des Handelsgesetzbuchs maßgebend. Das Handelsgesetzbuch findet sich in jeder öffentlichen Bibliothek und jedenfalls auch im Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften, Neue Friedrichstr. 30. Sind Sie dessen Mitglied noch nicht, so sollten Sie es werden. — **G. 3. 2. 1. 2. 3. 4. 5. 6.** Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens in Strafsachen ist nur in dem im § 399 St. R. O. umgrenzten Fällen zulässig. Die Entscheidung erfolgt durch das Gericht. Gegen seine Entscheidung ist Beschwerde zulässig. Das Gesetz ist zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder durch einen Anwalt einzulegen. Die von Ihnen genannten Instanzen (Reichsgericht, Oberlandesgericht, Bundesrat, Reichstag, Abgeordnetenhause, Landtag, Konvent) sind nicht zuständig. Bei der Schlichtung einer Wiederaufnahme ist zur Beilegung durch einen Anwalt und dazu zu raten, sich in die Sache nicht zu verheizen. Sind sie ungeschädigt, so bleiben Sie es auch, wenn Gerichte Gegenteiliges behaupten. — **A. Sie irren.**

G. W. G. 17. Die Befugnis des Amtsvorsetzenden beruht auf obigen irtümlichen Voraussetzungen und entbehrt jeglicher rechtlichen Basis. Gegen die Verfügung schlagen Sie das Verwaltungsrechtverfahren ein (erst Beschwerde an den Landrat, abzugeben beim Amtsvorsetzenden, dann Beschwerde beim Regierungspräsidenten, dann Klage). Das Erkenntnis vom 12. 2. 04 behandelt lediglich die Frauenfrage. So weit vom Gesetz wie es der dortige Amtsvorsetzende dem Oberverwaltungsgericht impudiert, hat es bei den gewöhnlichen Interpretationen sich noch nicht entfernt. — **N. 100.** Ob Wählergemeinschaft für Sie besteht, ist nicht zu ersehen, weil Sie nicht angeben, wo Sie vor 1900 den ersten Wohnsitz nach Abschluß der Ehe nahmen. Zur Sicherung Ihrer Frau empfiehlt sich ein Übertrag in der Art des § 25 St. R. O. des Fährers zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Anhang zum „Arbeiterrecht“) enthalten. — **G. B.** Den vollen Wert der Sache müssen Sie bezahlen. — **Z. Rosen**. Falls die Schulbehörde nicht auf Antrag vom ferneren Schulbesuch dispensiert: ja. — **M. 3.** Der Beschluß ist unzulässig. — **N. R. 83.** Rein. — **Köder 45.** Den Antrag am besten mündlich zu Protokoll kann Ihre Frau bei der Versicherungskassant (Köllnische Vorst.) stellen. — **M. W. 11.** Alte Schönhauserstr. 1. Rein. 2. Ja. — **G. B. 1852.** Ihr Objekt ist einschlägig 300 R. nicht Pfund ist das Amtsgericht zuständig, daher kein Anwaltszwang. Ein Beispiel für eine Darlehensklage finden Sie § 229 Nr. 34 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Fährers durch das G. O. D., näheres über Klageeinreichung § 541, 543 des „Arbeiterrechts“. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **M. G. 99.** Erscheinen Sie nicht zum Termin, so wird, gleichviel was Sie an das Gericht schreiben, der Klagenantrag als zugelassen angenommen und dementsprechend gerichtet. Sie scheinen nicht zahlungspflichtig zu sein. Über ohne Einsicht in die Klage selbst und Mißsprache über die einzelnen Punkte läßt sich eine sachdienliche Antwort unmöglich geben. Unendlich oft haben wir darauf hingewiesen: Antworten auf Fragen über Rechte oder Pflichten aus Beträgen usw. lassen sich ohne Kenntnis der Schriftstücke und des gesamten Sachverhalts nicht geben. — **W. R. Rixdorf**. 1. Die Kosten der öffentlichen Zustellung richten sich nach den durch die Justizstelle verursachten Kosten. Das kann 10—50 Mark sein. 2. Ihre Schölegemutter kann mit ihrem Eigentum machen, was ihr beliebt. — **Mühlentr.** Ihre Schwester mag bei den polizeilichen und militärischen Behörden nach dem schiefen Ausfall des betreffenden nachfragen und, wenn ihre Bemühungen negativ ausfallen, für ihre Klage sowie durch den Vormund für des Kindes Klage öffentliche Zustellung nachsuchen. — **Gibingertr. 100.** Ohne Einsicht in den Vertrag lassen sich Fragen über Rechte oder Pflichten aus einem Vertrage nicht beantworten. — **G. B. 20.** Bei Leistung des Offenbarungseides haben Sie die Wahrheit zu sagen, dürfen also weder Ihre Angehörigen Sachen als die Ihrigen verschweigen, noch umgekehrt falsche Angaben machen. Sind Sie bei der einen oder anderen Sache im Zweifel, so geben Sie an, wie das Sachverhältnis liegt. — **Wähele**. Von Vererbung einer Klage ist wegen der Schiedsgerichtsbarkeit ohne obliegenden Beweises abzuraten. — **N. 100.** Eine Angabe an die Eisenbahnverwaltung kann Erfolg haben. — **G. B.** Eine Klage würde in Ihrem Falle von dem Gutachten des Sachverständigen im Erfolg abhängen. Der Antrag ist ein sehr ungenügender, gewiß nur eine hohe Kostenlast, daher die Anstellung der Klage nicht ratsam. — **Z. 1. 2. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Tischler
Alwin Volkmann
(9. Bezirk)
im Alter von 83 Jahren nach kurzem schweren Leiden verstorben ist. Wir verlieren in ihm einen opferwilligen Genossen, der stets sein Bestes für die Partei getan hat. Die Rixdorfer Parteigenossen werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes (Karlendorfer Weg) aus statt. 285/8
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tischler
Alwin Volkmann
am 22. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Karlendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
91/9 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die kranke Nachricht, daß am Mittwoch, den 23. d. M., mein unglückseliger Mann und guter Vater, der Postler
Emil Seidel
nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist. Dies ergibt betrübt an Frau Martha Seidel geb. Klein nebst Sohn. 996
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause Rixdorf, Prinz Handwerkerstr. 12, aus statt.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, des Postlers
August Wolter
sage allen Verwandten, Bekannten, Freunden, Kollegen und Gatten, insbesondere Herrn Wehner, Streper, dem Verein der Berliner Weißbierbrauer, sowie dem Etablissement „Champion“ meinen unermesslichen Dank.
Pauline Waiter, geb. Stegmann.

Landung. 4. Ost ist weiterleben vorteilhafter. 5. Rein. — **Curt B.** Teilen Sie der Gesellschaft mit, daß Sie die Beweise der verkauften Klagen heute sich verbieten und eventuell Antrag auf Bekämpfung wegen Hausfriedensbruch stellen würden. — **M. W. 40.** Lassen Sie es auf eine Klage antommen und legen dann der Klage des Bahnführers im Umhergehen gegenüber dar, daß § 56a der Gewerbeordnung dieser Art Uebertrumpfung entgegensteht, auch ein Vertrag nicht zustande gekommen ist. — **J. R. Rbrg.** Wenn durch die Benutzung der Wohnung eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit eintritt, können Sie ohne Einhaltung einer Befristung den Mietvertrag aufheben und Schadenersatz verlangen. In Ihrem Falle werden Sie lediglich mit einer Klage auf Beilegung des Mißstandes Erfolg haben. — **Z. 31.** Beruhigen Sie sich und plaudern Sie nicht über die an sich nicht strafbare, wogegen unentschuldigte Sache, so wird kein Haft danach führen. — **Z. 28.** Abmehren Sie genügt. — **W. 1887. 1. und 2. Rein.** — **W. R. 101.** Legen Sie doch den betreffenden Fall dar: Ihre allgemeine Anfrage ist unverständlich. — **G. B. 27.** In fünf Jahren, gerechnet von der letzten richterlichen Handlung ab — **100.** Der W. ist zu leisten und könnte durch Post erzwungen werden. Durch die Offenbarungseidleistung entstehen keine Nachteile. — **R. W. M. 4. Rein.** — **Weierid.** Ueber Auswanderungsangelegenheiten erhalten Sie zur „Hilfflose“ Auskunft im offiziellen Auswanderungsbureau, Schellstr. 4. — **P. S. 29.** Weitergehende Ansprüche können Sie nicht geltend machen. Die Kosten können Sie durch das Gericht festsetzen lassen. — **Wächtel.** Sie müssen von der Militärbehörde Erlaubnis erwirken. — **Breslauertr.** In Ihrem Fall wird ein wechselseitiges Testament genügen. Anleihe und Bauspar für ein solches finden Sie Seite 238 Nr. 57 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Fährers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Näheres empfiehlt sich auch überdies ein Antrag, wie er § 235 Nr. 22 des Gesetzbuchs, in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Fährers Nr. 112 ist. Ein solcher Vertrag müßte aber gerichtlich oder notariell verfaßbar werden, macht also Kosten. — **J. S. 11.** Nur die Fremdenländer sind abzuziehen. „Arbeiterrecht“ § 294. — **W. G.** Eine Schadenersatzklage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **M. W.** Wenden Sie sich an die Kunststiftung der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Unter den Linden 16, Lagergebäude III. — **Wobitz R. W.** Meinestens hat Ihre Direktin die Armenkommission den Tod zu melden. Treiben Sie Vorlage, daß die Kasse die Beerdigung übernimmt. — **T. H. 14.** Ihre Klage geltend zu machen suchen; ein Betrag liegt in der von Ihnen gelieferten Handlungswelt. — **M. G. 3.** Wird im Wege der Substitution ein Grundstück erworben, so kann der neue Erbeher vorzeitig den Mietvertrag kündigen, nämlich bis am 3. des Quartals zum Schluß. Ist das Haus zwischen dem 1. Juli und 30. September erstanden, so kann er also einem länger dauernden Vertrag bis am 3. Oktober zum 31. Dezember kündigen. — **G. 2. 123.** Ein A. e. h. t. in Preußen zu wohnen, hat nach herrschender Ansicht ein Ausländer nicht. Die Freundschafts- und Handelsverträge besagen das Gegenteil.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Grabowice etc. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Frei-Exemplaren sofort ihre Adresse einreichen.

Todes-Anzeige.
Am 22. d. M. kurz nach kurzem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler
Alwin Volkmann
im Alter von 83 Jahren. 996
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernde Witwe
Augusta Volkmann nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Karlendorfer Weg, aus statt.

Zentralverband der Dachdecker Ortsverwaltung Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 22. August, verstarb unser Mitglied, der Dachdecker
Ernst Wodke.
Die Beerdigung findet Freitag, den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
54/17 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Tischler
Alwin Volkmann
(9. Bezirk)
im Alter von 83 Jahren nach kurzem schweren Leiden verstorben ist. Wir verlieren in ihm einen opferwilligen Genossen, der stets sein Bestes für die Partei getan hat. Die Rixdorfer Parteigenossen werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes (Karlendorfer Weg) aus statt. 285/8
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 22. August verstarb im Alter von 44 Jahren unser Kollege
Friedrich Zechel
an den Folgen eines am 23. Januar d. J. erlittenen Unfalls.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 147/19
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die kranke Nachricht, daß am Mittwoch, den 23. d. M., mein unglückseliger Mann und guter Vater, der Postler
Emil Seidel
nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist. Dies ergibt betrübt an Frau Martha Seidel geb. Klein nebst Sohn. 996
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause Rixdorf, Prinz Handwerkerstr. 12, aus statt.

Wachruf!
Zentral-Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschlands.
Zahlfelle Berlin III.
Am 13. d. M. verstarb unser Mitglied, der Postler
Friedrich Wendt
im 36. Lebensjahre an Blinddarmentzündung, und wurde derselbe am Mittwoch, den 16. August, auf dem Dönnelshagen-Kirchhof in Nieder-Schönhausen beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
9945 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die kranke Nachricht, daß am Mittwoch, den 23. d. M., mein unglückseliger Mann und guter Vater, der Postler
Emil Seidel
nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist. Dies ergibt betrübt an Frau Martha Seidel geb. Klein nebst Sohn. 996
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause Rixdorf, Prinz Handwerkerstr. 12, aus statt.

Für die zahlreiche Beteiligung und Kräftigung bei der Beerdigung unseres geliebten Vaters
Emil Weidig
sagen wir hiermit unseren aufrichtigsten Dank.
9885
Max. Karl u. Gustav Weidig.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, des Postlers
August Wolter
sage allen Verwandten, Bekannten, Freunden, Kollegen und Gatten, insbesondere Herrn Wehner, Streper, dem Verein der Berliner Weißbierbrauer, sowie dem Etablissement „Champion“ meinen unermesslichen Dank.
Pauline Waiter, geb. Stegmann.

Was ist - CARRAS ?
Café Fischer
Oranien-Straße 144
am Moritzplatz. 88388
Kasse 10 u. 15 Pf., Tee, Schokolade, verschiedene Plats. 5 Nahrungsmittel, Stunde 40 und 60 Pfennig. 30- und ausländische Zeitungen.
Juliane Fischer
Oranienstraße 144.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9670.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Bezirks-Versammlung für Friedrichshagen

Sonnabend, den 26. August 1905, abends 8 Uhr, im Lokale Otto Schulz, Friedrichstraße No. 74.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Unfallversicherung. Referent: Kollege Jacobsen.
2. Diskussion: 3. Verbandsangelegenheiten.
Ehrenpflicht aller Kollegen ist es, für diese Versammlung zu agieren und selbst recht pünktlich mit den anderen zu erscheinen.

Sonntag, den 27. August 1905, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die Gewerkschaftsbewegung früher und jetzt. Referent: Kollege Wäde. 2. Diskussion: 3. Ergänzungswahlen zur Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
NB. Sämtliche an Bohr- und Fräsmaschinen beschäftigten Kolleginnen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Sonntag, den 27. August, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Stand unserer Tarifbewegung. 2. Diskussion. 3. Wahl der Tarifkommission. — Kollegen! Da in dieser Versammlung allen Rohrlegern und Helfern Gelegenheit gegeben wird, sich über den neuen Tarif auszusprechen, erwarten wir einen recht zahlreichen Besuch.
NB. Sonnabend, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Vertrauensmänner-Konferenz der Rohrleger und Helfer im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7, statt.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Fliesenleger!

Freitag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7):

Mitglieder-Versammlung d. Sektion d. Fliesenleger d. Zentralverbandes d. Maurer.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Pflicht eines jeden in dieser Versammlung zu erscheinen.
147/17 Der Sektionsvorstand. J. U.: Felix Breiske.

Blitz = Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für forpulenten Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavaliere und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Das erste Wort: 5 Pfennig.
Die übrigen Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Verkäufe.

Steppdecken billigst! Grobe Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche mit Farbenbleichen! Grobe Frankfurterstraße 9, parterre. +57*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hagedorfer Markt 4, Bahnhofstraße. 251/19*

Gardinenhaus Grobe Frankfurterstraße 9, parterre. +78*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Grobe Frankfurterstraße 56, Ebnitzerstraße 40. 7098*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andrasstraße 38. 7088*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrottem Filz, zusammen 10,50, nur (Wandleiche) Andrasstraße 38. *

Rotsofa-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andrasstraße 38. 7028*

Pommerisches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Grobes Lafen, Etwa 1,00. Wandleiche Andrasstraße 38. Elektrische nach überal. 7638*

Waldparzellen jeder Größe, noch von 10 Mark an Quadratmeter, herrliche idyllische Lage in Birkenwäldchen, nur Wald, Wasser, nur noch beim kulanen Otto Joers, Pantof, Elisenhofweg 10. 9525

Herrenanzüge, Heberleher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgelaufene Anzüge, kaufte man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister-Fabrikanten, Rosenfelderstraße 15. III. Kein Laden! Fernsprecher III, 2393. *

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für forpulenten Herren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie auch Wandleichen verfallene Sachen. Nagel, Puladstraße 14. 9235*

Klavier, neues, verkauft billig! Kobl, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 244. 6545

Herrenanzüge, Heberleher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgelaufene Anzüge, kaufte man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister-Fabrikanten, Rosenfelderstraße 15. III. Kein Laden! Fernsprecher III, 2393. *

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für forpulenten Herren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie auch Wandleichen verfallene Sachen. Nagel, Puladstraße 14. 9235*

Klavier, neues, verkauft billig! Kobl, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 244. 6545

Herrenanzüge, Heberleher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgelaufene Anzüge, kaufte man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister-Fabrikanten, Rosenfelderstraße 15. III. Kein Laden! Fernsprecher III, 2393. *

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für forpulenten Herren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie auch Wandleichen verfallene Sachen. Nagel, Puladstraße 14. 9235*

Klavier, neues, verkauft billig! Kobl, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 244. 6545

Herrenanzüge, Heberleher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgelaufene Anzüge, kaufte man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister-Fabrikanten, Rosenfelderstraße 15. III. Kein Laden! Fernsprecher III, 2393. *

Achtung! Zentralverband der Maurer Deutschlands

(Zweigverein Berlin.)
Freitag, 25. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Bau-deputierten-Versammlung.

Wir machen die Bau-deputierten, soweit dieselben in der am 21. Juli d. J. stattgefundenen Bau-deputierten-Versammlung nicht erschienen waren, darauf aufmerksam, daß fast einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, zur besseren Kontrolle des Bau-deputierten-Systems eine Kontrollkarte einzuführen.
Jeder Bau-deputierte erhält in dieser Versammlung unter Vorlegung der Deputierten-Liste eine diesbezügliche Kontrollkarte mit einem Stempel versehen, — worin die weitere Tätigkeit und der Versammlungsbesuch des Bau-deputierten quittiert wird, — ausgehändigt.
147/16*

Ganz besonders verweisen wir darauf, dass auf Bauten, wo noch kein Deputierter vorhanden ist, die Kollegen bis zum Versammlungstage hierzu Stellung nehmen. — Alles Nähere in der Versammlung.
Wir erwarten, daß in dieser Versammlung Jeder Bau vertreten sein wird. — Verbandsbuch legitimiert.
Die Verbandsleitung. J. U.: Emil Thöns.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle: Ober-Schöneweide.
Sonntag, den 27. August 1905, vormittags 10 Uhr, im Lokale „Hasselwerder“, Nieder-Schöneweide:

Anßerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 04/14
1. Reumahl des I. Bevollmächtigten. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. 91/6
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Schmaragdort und Grunewald arbeitenden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
91/7 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstellen: Steglitz, Groß-Lichterfelde.
Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Steglitz, Schützenstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Bericht des Bauvorstehers über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband.
Es ist Pflicht sämtlicher in den Orten Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zankwitz, Mariendorf, Tempelhof, Friedenau

Berliner Nachrichten.

Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

„Zur Milchfrage“ hat Dr. Engel, Schriftführer der Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, in der Berliner Aerztekorrespondenz „Aufklärungen“ veröffentlicht, die uns in Sonderabdruck von dort aus zugegangen sind.

Engel berichtet, die Ablehnung pasteurisierter dänischer Milch für die Ernährung von Säuglingen der ärmeren Bevölkerung sei keine Hilfsaktion für den Milchring gewesen.

Wir berichten über alles das mit der Objektivität, die wir in dieser Frage für unsere Pflicht halten. Nachprüfen können wir nur die Angaben über den Rückgang der Säuglingssterblichkeit.

Der hat die übrigen 1000 Kinder vom Tode errettet? Falls wirklich die bloße Beschaffung guter Milch schon solche Wunder wirkt, werden die Kinder auch in der kühleren Jahreszeit von diesem Alibi-Mittel profitieren.

Ein ehrenhafter, charaktervoller, aufopferungsfähiger Mann wird in der neuesten Nummer der „Pädagogischen Zeitung“ der Berliner Gemeindefullkommission Paul Ziegler genannt.

Im übrigen aber haben wir freilich über B. unsere eigene Meinung. Gerade seine jetzt erfolgte Vergnügung nötigt uns, an eine frühere Affäre zu erinnern.

Schlaganfall wurde, rühmte sich B. in der „Jugendchriften-Warte“ jenes Briefes und bedauerte die „verspätete Fürsorge“ der Staatsanwaltschaft.

Was das alles mit B.s Lichterfelder Affäre zu tun hat? Seine Freunde selber haben beides in Beziehung zueinander gebracht.

Das diese Petition nicht allen Lehrern behagt hat, erscheint begreiflich. Gerade die Erwähnung jener Märchenbuch-Affäre mag viele abgestoßen haben.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Tiefbaukommission unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide wurde zu der geplanten Aufstellung eines Denkmals für den Staatsmann Hardenberg Stellung genommen.

Ein anderes Bild. Vor kurzem ging die Mitteilung durch die Presse, daß ein praktischer Arzt wegen Diebstahls von Brennholz, dessen er sich in höchster Not schuldig gemacht, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist.

Eine Straßensperrung gibt es im Zeichen des Verkehrs Sonntag mittag 12 Uhr im Lustgarten und dessen weiterer Umgebung.

Der Pokerklub. In dem in letzter Zeit so oft genannten Klub von 1900 fand gestern Abend die Generalversammlung statt, die über das Fortbestehen oder eine andere Gestaltung des Klubs zu beschließen hatte.

Fastente über das Spremberger Unglück. Der Verein der Berliner Lokomotivführer hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Spremberger Eisenbahnunfall eingehend befaßt.

Ein verhängnisvoller Eisenbahnunfall. Einen Eisenbahnunfall hat gestern der Eisenbahnbeamte Hermann Koad auf dem Stadtbahnhof Pankowstraße verübt.

Das Attentat in der Wilmsstraße. Mittwoch unternahm, wie wir schon meldeten, der Rentner Wilhelm Wahre einen Nordverlauf gegen seine frühere Geliebte.

In der Karlose beraubt. Einem frechen Räuber ist in der Nacht zu gestern der Inhaber des Bankinstitutes Steinmehrer, 50, C. Kauerhaus, zum Opfer gefallen.

Der genasführte Schumann. Einen hübschen Trieb vollführte in der Nacht zum Donnerstag ein zu einer Einbrecherbande gehöriger Sauner in der Großen Hamburgerstraße.

Eine Berliner im Riesengebirge verunglückt. Beim Abstieg von einer Treppe, die vom Wasserfall nach der Jachellmann führt, erlitt die 34jährige verwitwete Frau Lindemann aus Berlin schwere Verletzungen.

Das Familien-drama in der Rigauerstraße, über das mehrmals berichtet wurde, hat zum Glück nicht ein einziges Opfer gefordert.

Ein Stellschwinder treibt wieder sein Unwesen. Er sucht durch Anzeigen-Bureau und Kassendoten, geht zu Wevertern, die sich melden, persönlich hin, stellt sich als „Raumann, Inhaber der Dampfmaschinenfabrik Ideal in Reinickendorf“ vor.

Neue Vergnügungsinstitute. Der „Konfektionär“ berichtet von Unternehmungen, die beachtlichen in Berlin größere Saalbauten vorzunehmen. Jüdischer ist hier die Theater- und Saalbau-Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 1.000.000 M. errichtet worden.

Bei einem entsetzlichen Unglücksfall hat der 15jährige Dachbedeckungslehrling Andreas Werner, der bei dem Dachdeckermeister Wenzel in der Lehre war, sein Leben lassen müssen.

Für viertausend Mark Uhren, Wärsch und Ringe erbeuteten Diebe in gestriger Nacht bei einem Einbruch im Uhren- und Goldwarengeschäft von Karl Wirth in Charlottenburg, Kautstraße 134.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Ecke der Reindendorfer- und Schulstraße wurde sie gerufen, weil dort auf offener Straße ein Kasten Benzol in Flammen stand.

Rund um Berlin 1905. Die sich in diesem Jahre am Sonntag, den 27. August, zum zehnten Male wiederholende Fernfahrt für Rad- und Motorradfahrer beginnt für Motorradfahrer morgens um 5 Uhr, für Radfahrer um 6 Uhr auf der Chaussee nach Bornim beim Kilometerstein 7 und endet, wie bereits gesagt, auf der Reindendorfer Bahn.

Theater. Neues königl. Opern-Theater (Kroll). Heute Freitag findet die letzte Wöhme-Aufführung statt. Morgen geht die letzte Neueinführung der diesjährigen Spielzeit 'Therubius' 'Der Wassertürker' (Zwei gefährliche Tage) mit Herrn Kammerfänger Gura in der Titelrolle in Szene.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Wählerlisten liegen zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich im Statistischen Amt, Berlinerstr. 71, vom 15. bis 30. August wochentäglich von 8-3 Uhr, an den Sonntagen von 8-12 Uhr aus.

Wer Einsicht nehmen will, braucht eine Legitimation nicht mitzubringen. Wer verhindert ist, die Wählerliste selbst einzusehen, kann dies durch einen anderen besorgen lassen.

Zur Einsichtnahme für andere haben sich bereit erklärt: Ferdinand Pasche, Potsdamerstr. 44. Karl Papensfuß, Spandauer Berg 22. August Müller, Kantstr. 93. Karl Veier, Suarezstraße (neben der Schule). Hermann Rade, Rehringstr. 25. Franz Schaberg, Magazinstr. 16. Wilhelm Fuchmann, Kaiser Friedrichstr. 46. Wilhelm Ehrhard, Knobelsdorffstr. 80. Emil Müller, Postenstr. 3. Otto Fischer, Gutendbergstr. 3. Leopold Hamann, Rantstr. 23. Ernst Kai, Oranienburgerstr. 3. Fritz Kant, Charlottenburger Ufer 2. Emil Schäfer, Oranienburgerstr. 3. Fritz Lindstedt, Gradusstr. 5. Georg Felsmann, Neuchlinstr. 6. Eduard Dörze, Wallstr. 90. Paul Kapke, Kaiser Friedrichstr. 81. Adolf Vertsch, Seifenmeisterstr. 11. August Herler, Kaiser Friedrichstr. 71. Karl Sellin, Krummeistr. 44. Albert Lehder, Rommensestraße 80. Adolf Geaflunder, Wielandstr. 5. Anton Wiede, Bismarckstr. 14. Max Brill, Goethestr. 78 (Ecke Grolmanstraße). August Weisheit, Reitelweidstr. 11. Albert Dreitmann, Augustburgerstraße 77. August Nötiger, Krummeistr. 19.

Veräume niemand, sich selbst oder durch einen der oben genannten Genossen zu überzeugen, ob sein Name richtig eingetragen ist.

Wer nicht in der Wählerliste steht, verliert sein Wahlrecht.

In Sachen des Charlottenburger Schiller-Theaters hielt am Dienstag die gemischte Deputation unter Vorsitz des Bürgermeisters Matting ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Die Vertreter des Schiller-Theaters legten den endgültig feststehenden Bauplan und den von der Firma Heilmann u. Wittmann in München beigefügten Kollisionsplan vor.

Schlafstelleninhaber sind nach der in Preußen üblichen Praxis nicht selbständig und daher bei den Stadtverordnetenwahlen nicht wahlberechtigt; dagegen gelten Chambregarnisten als selbständig und wahlberechtigt.

Chambregarnist ist jeder, der — wenn auch mit anderen zusammen — einen Wohnraum gemietet hat, ohne sich zu verpflichten, den Vermieter, die auch seine Angehörigen sein können, das Mitbenutzungsrecht einzuräumen. Zut er dies freiwillig, so bleibt er doch Chambregarnist. Schlafstelleninhaber ist nur, wer eine direkte Verpflichtung dazu übernommen hat, seine Wirtleute in seinem Zimmer wohnen zu lassen.

Deshalb achtet jeder Arbeiter, der bei anderen einwohnt, peinlich darauf, daß er als Chambregarnist gemeldet und in die Wählerliste aufgenommen wird.

Der Konsumverein hält am Sonntag, den 27. August, im Volkshause sein Stiftungsfest ab.

Nigdorf.

Ein braver Kämpfer hat der Tod aus unseren Reihen gerissen. Der Genosse Alwin Volkman ist am Dienstag mittig nach kurzen aber schweren Leiden im Alter von 83 Jahren verstorben. Alwin Volkman hat lange Jahre hindurch in der vordersten Reihe der Partei gestanden. Bis ihn schwere Krankheit auf das Siechenlager warf, hat er seine besten Kräfte für die Ausbreitung des Sozialismus eingesetzt. Die Arbeiterchaft wird ihm ein ehrendes und dauerndes Andenken bewahren.

Rummelsburg.

Ein schwerer Unglücksfall trat sich Mittwoch nachmittag im Café Bellevue in Rummelsburg zu. Die achtjährige Tochter des dort beschäftigten Melners Schneider war mit anderen Kindern auf den Boden des großen Saales gestiegen. In der Mitte desselben befindet sich ein Glasdach, durch welches der Raum Oberlicht erhält und dessen Schrauben offen standen. Diesen Umstand hatte das Kind nicht bemerkt, es trat fehl und stürzte in die Tiefe. Mit schweren inneren Verletzungen wurde die Kleine nach dem Rummelsburger Krankenhaus geschafft.

Köpenick.

Neuverrentetate eines Jesuiten. Im Bahnhofsviertel zu Köpenick entstand gestern nachmittag allgemeine, ungeheure Aufregung. Ein älterer Mann verlor plötzlich, imgehuere Aufregung in der Rechten, die Pforten, Entsetzt schickten diese in die nächsten Häuser hinein. Da Hof dem gefährlichen Revolverbeden ein zehnjähriges Mädchen ahnungslos in die Arme. Kaltsblütig richtete dieser

nun die Waffe gegen das Kind. Plötzlich fühlte er sich von hinten gefaßt; ein Schlägergelelle war im letzten Augenblick hinzugegrungen. Er hatte durch seine Entschlossenheit ein junges Menschenleben vor der Untat eines Wahnsinnigen gerettet. Der Angegriffene setzte sich jetzt energisch zur Wehr und feuerte auf den Schlägergelellen zwei Revolvergeschosse ab. Bewandt wich aber der junge Mann den Augen aus. Pleraus schoß der Ire noch zweimal auf das sich inzwischen angeammelte Publikum, und es ist als ein Wunder zu betrachten, daß niemand getroffen wurde. Der unheimliche Schüß wurde schließlich durch Polizeibeamte überwältigt und nach dem Krankenhaus gebracht. Es ist ein köpenicker Invalide namens Schubert.

Französisch-Buchholz.

Die Typhus-Epidemie, welche in Französisch-Buchholz vor acht Tagen ausbrach und in zwei Fällen mit dem Tode der Erkrankten endete, kann als erloschen bezeichnet werden. Bisher der aus sechs Köpfen bestehenden Familie Treid brachten keine Personen den Berliner Krankenhäusern zugeführt werden.

Steglich-Groß-Lichterfelde.

Holzarbeiterversammlung. Für die in den Ortschaften Steglich, Groß-Lichterfelde, Friedenau, Schmörgendorf, Wilmersdorf, Gränewald, Tempelhof, Mariendorf, Südenau und Lankwitz beschäftigten Holzarbeiter findet am Freitagabend 7 Uhr eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht sämtlicher in obengenannten Orten beschäftigten oder organisierten Holzarbeiter, in dieser Versammlung zu erscheinen. Näheres: Annonce in der heutigen Nummer. Die Ortsverwaltungen.

Das Wasser der Havel ist gesundheitsgefährlich. Anlässlich der in Weeder a. H. auftretenden Typhusverkrankungen hat sich ergeben, daß die betreffenden Havelwasser benutzt hatten. Es wird deshalb jetzt amtlich vor dem Genuß und Gebrauch von Havelwasser gewarnt.

Das humoristische Kiekenal. Die Grundbesitzer der Kolonie Kiekenal bei Mahlsdorf wollen den jetzigen Namen ihres Ortes umändern lassen. Sie haben sich an die Regierung in Potsdam gewandt mit der Bitte, zu gestatten, daß die Kolonie den Namen Kiekenal ablegt und dafür Königshal genannt werde. In der Begründung führen die Petenten aus, daß die Bezeichnung Kiekenal den Berliner Ausflüglern Anlaß zu spöttischen Bemerkungen gäbe. Ob sie wohl glauben durch diese Befundung unerwünschten Egozentrismus die Bodenpreise steigern zu können?

Gerichts-Zeitung.

Schuldner und Schlichter. Als einen Akt niedrigster Gefinnung bezeichnet der Vorsitzende des Schöffengerichts gestern die Handlungsweise des Schuldners Petzschke, der sich wegen verurteilender Verurteilung zu verantworten hatte. In der Schule, an welcher der Angeklagte als Schuldner angestellt war, unterrichtete auch der Lehrer L., der gleichzeitig das Amt eines Armenkommissions-Vorsethers befehlt. In dieser Eigenschaft erhielt er mehrfach Bittgesuche einer unverschuldeten H., die unter Darlegung ihrer Verhältnisse um Armenunterstützung bat und eine solche auch gewährt erhielt. Gegen den angeklagten Schuldner war nun von der Schuldeputation ein Verfahren wegen Verweigerung des Gehorsams, Intrigierens gegen die Lehrer usw., anhängig gemacht worden und er wurde von dem Rektor der Schule vernommen. Er mochte nun wohl der falschen Ansicht sein, daß der Lehrer L. die Anzeige erachtet habe, und um diesen zu verderben produzierte er bei dieser Gelegenheit ein Schriftstück, welches nach Ansicht des Gerichtshofes unecht ist. Es war die Abschrift eines von der unverschuldeten H. angehängt an den Armenkommissions-Vorsetzer und Lehrer L. gerichteten Schreibens, welches diesen als Lehrer und Familienvater aufs äußerste kompromittieren mußte, denn der Inhalt deutete auf ein ganz intimes Liebesverhältnis hin, auf Grund dessen die H. Gefälligkeiten von L. erbat. Der Angeklagte behauptete, daß er das Original dieses Briefes zwei Jahre vorher zufällig in der Kasse gefunden und es mit einer bezüglichen ironischen Bemerkung dem Lehrer L. zurückgegeben habe, aber nicht ohne vorher Abschrift davon genommen zu haben, um diese bei passender Gelegenheit zu verwenden. Er blieb bei dieser Behauptung auch im gestrigen Termin, während auf der anderen Seite die Zeugin H. unter ihrem Eide bestritt, jemals einen solchen Brief an L. gerichtet zu haben. Auch Lehrer L. bestritt trotz wiederholter Vorhaltungen des Angeklagten und eindringlicher Mahnungen des Vorsitzenden zur Vorsicht, daß er diesen angeblich abgeschriebenen Brief niemals gesehen und auch niemals erhalten habe. Beide Zeugen bestritten ferner unter ihrem Eide, daß jemals irgend welche vertrauliche Beziehungen zwischen ihnen bestanden haben. Das Verworfene bei der Sache ist, daß in der angeblichen Briefabschrift einzelne Tatsachen und Nebenwendungen vorkamen, die die Zeugin H. zugegebenemahen in Briefen an den Armenkommissions-Vorsetzer angegeben bezug genommen hatte. Der Staatsanwalt hielt für nachgewiesen, daß das Schriftstück ein eigenes Nachwort des Angeklagten sei, dazu bestimmt, seinen Nachbarn zu täuschen. Er beantragte gegen den Angeklagten vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte unter Betonung der Niedrigkeit des Charakters, die der Angeklagte nach Ansicht des Gerichts gezeigt, auf zwei Monate Gefängnis. Kurz nach Beendigung der Verhandlung ertönten laute Hilferufe auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes; sie rührten vom Lehrer L. her, dem der Angeklagte zu Leibe gehen wollte. Dieser wurde durch das Dazwischentreten dritter Personen daran verhindert, eine Tatumsetzung zu begehen und veranlaßt, das Gerichtsgebäude zu verlassen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall, bei welchem ein junges Menschenleben durch das leichtfertige Umgehen mit einem Revolver durch einen 11jährigen Schulknaben vernichtet wurde, lag einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung zugrunde, die sich gegen den Kollereibesitzer Emil Berner richtete. Der völlig unbescholtene Angeklagte muß infolge seines Berufes stets eine größere Summe Geldes in seiner Wohnung aufbewahren. Zum Schutz gegen Diebstahl kaufte sich B. im Frühjahr d. J. einen Revolver größeren Kalibers. Diesen bewahrte er verhehlt hinter einem großen Wädel etwa zwei Meter über dem Erdboden neben seinem Bett auf. Längere Zeit hing hier die Schußwaffe unberührt. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß eines Tages der 11jährige Schüler Franz Kisch, ein besonders neugieriger und wissenschaftlicher Knabe, in der Abwesenheit des Angeklagten das Zimmer betrat. Bald hatte er den Revolver entdeckt. Er stieg auf das Bett und holte sich mit vieler Mühe die Schußwaffe unter dem Wädel hervor. Nachdem er einige Zeit lang an dem Revolver herumprobierete und hierbei mutmaßlich die Sicherung gelöst hatte, wollte der neugierige Knabe auch einmal sehen, ob man damit schießen könne. Als geeignetes Zielobjekt erschien ihm die kleine einjährige Tochter des Angeklagten, die noch in ihrem Bettchen lag. Er legte auf das schlummernde Kind an, im nächsten Moment krachte ein Schuß. Der unglückliche Schüß hatte in seiner Reue ein schweres Unheil angerichtet. Die Angel war dem unglücklichen kleinen Wesen durch das Auge in das Gehirn gedrungen und hatte den sofortigen Tod herbeigeführt. Durch die Detonation des Schusses war die Mutter des erschossenen Kindes herbeigerufen. Als sie die Situation übersehen hatte, sah sie die bedauerlicherweise Mutter die Verzweiflung. — Gegen den durch den Verlust seines einzigen Kindes schon schwer genug bekränkten Vater wurde obendrein noch eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Die Anklagebehörde findet eine fahrlässige Tötung des Angeklagten darin, daß er eine geladene Schußwaffe offen in einem Räume aufbewahrte, zu welchem minderjährige Personen den Zutritt hatten. Rechtsanwält Wehe II hielt indessen nur ein Zusammenstoßen unglücklicher Zufälle für vorliegend. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen völlig an und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte 10 Tage Gefängnis beantragt.

Zwei Cholerafälle in Westpreußen. Die 'Neuen Westpreussischen Mitteilungen' melden: Bei russischen Flößen bei Stulm wurden in den letzten Tagen zwei Cholerafälle festgestellt, von denen der eine tödlich verlaufen ist. Heute hat unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten in dieser Sache eine Konferenz stattgefunden, an welcher der Geh. Obermedizinalrat Professor Dr. Kirchner aus dem Kultusministerium, Professor Dr. Gaffky, der Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten in Berlin und ferner der Medizinalrat Dr. von Hafe teilnahmen. Die Konferenz hat sofort die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln angeordnet. Zu Besorgnissen liegt kein Grund vor.

Schiffsantereingang. Die Lloyd's aus Buenos Aires unter dem heutigen Datum vom Oberbureau auf New Year Island berichtet wird, fenterte die englische Bark 'Widstonhill', die von Hamburg nach San Francisco bestimmt war, in der Nähe des Cap Horn. Der zweite Offizier sowie 17 Mann der Besatzung erkrankten. Ein Teil der Mannschaft ist gerettet worden und wird mit dem argentinischen Dampfer 'Guardia Nacional' hier erwartet.

Zwei Kinder verbrannt. Aus Witten wird gemeldet: Im benachbarten Kalltehardt braunte gestern mittig das Stallgebäude des Bergmanns Vidardt ab. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man die verkohlenen Leichen zweier Kinder. Die Toten sind der zehnjährige Sohn Vidardts und seine achtjährige Tochter. Die Kinder waren vorher nicht vermisst worden.

Eisenbahnunglück. Dorimund, 24. August. Heute nachmittag wurden auf einer hiesigen Bahnstrecke drei Arbeiter, die mit Schienenverlegen beschäftigt waren, von dem Waggon 25 überfahren und so schrecklich verkrümmt, daß der Tod sofort eintrat. Die Namen der Verunglückten sind: Nikolaus Surois (verheiratet, Vater von drei Kindern), Johann Wegner (unverheiratet), Johann Bawelzet (verheiratet). Die Verunglückten wollten in einem Gleise einem Güterzuge ausweichen und rannten in dem anderen auf den Waggon.

Eisenbahnunglück. Osabrück, 24. August. (Antifische Meldung.) Gestern wurde in Km. 84,1 der Nebenbahn Bundes-Bassum auf dem Landstrahenübergange von Sulingen nach Varenburg ein einspanniger Fuhrwerk von dem 8 Uhr 9 Minuten von Sulingen abgefahrenen Personenzuge 905 überfahren. Das Pferd wurde sofort getötet und der Wagen vollständig zertrümmert. Der Führer des Fuhrwerks, der Viehhändler Boh aus Sulingen, erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einigen Stunden verstarb. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß der Führer des Wagens die Signale der Lokomotive mit der Dampfseife und mit dem Ranteiverk nicht beachtete.

Ein schweres Schadenfeuer wird aus Trier gemeldet. Die Lumpenmagazine der Welfirma Löber und deren außerhalb der Stadt liegenden zahlreich Fabrikgebäude stehen in Flammen. Die Bureaus sind gerettet; der Schaden ist unberechenbar. Unfälle sind nicht vorgekommen. Die Feuerwehr ist machtlos. Die Bahnlinie ist gefährdet, Telephon- und Telegraphenlinien sind gestört.

Infolge einer Gasexplosion ist das Konfektionshaus von Kaiser in Ottersleben bei Magdeburg vollständig eingestürzt worden. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Der Frauenmörder Hoch in Chicago ist zum dritten Male der Vollstreckung des Todesurteils entgangen, indem er die Revision eines Falles seitens des Obergerichts erwirkte.

Eingegangene Druckschriften.

Die 'Sozialistischen Monatshefte', herausgegeben von J. Bloch (Administration: Berlin W. Lützowstr. 106) haben heute das September-Heft ihres 11. Jahrganges erscheinen lassen. Dasselbe ist dem im September stattfindenden Parteitag der sozialdemokratischen Partei gemeldet. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Eduard Bernstein: Zum sozialdemokratischen Parteitag in Jena. — Adolph von Elm: Partei und Gewerkschaft. — Richard Calmer: Welt- und Sozialpolitik. — Max Schippel: Die französische Handelspolitik in den Kolonien. Ein Beitrag zur Marktforschung. — Wolfgang Hein: Politischer Klassenkampf im gegenwärtigen Deutschland. — Paul Kampffmeyer: Zur Arbeiterfrage. — Dr. Hugo Lindemann: Zentralismus und Föderalismus in der Sozialdemokratie. — Paul Hugo: Der Entwurf eines neuen Organisationsstatuts für die sozialdemokratische Partei. — Otto Hub: Bergesehung und Zentrumspolitik. — Wilhelm Kold: Ueber das Zentrum und die Sozialdemokratie. — Robert Schmidt: Ein Ausblick auf die nächste Zukunft unserer Sozialpolitik. — Julius Fröhner: Die Selbstverwaltung der Krankenkasien. — Anna Plesch: Reuener. — Witschke von Max Schippel. — Politik von Richard Calmer. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Weisß. — Gemeindefortschritt von Ernst Deinhardt. — Gemeindefortschritt von Gertrud David. — Sozialpädagogische Bewegung von Dr. Franz Lindheimer. — Frauenbewegung von Gertrud Pöschel. — Sozialwissenschaften von Paul Kampffmeyer. — Bildung Kunst von Rudolf Klein. — Dichtkunst von Max Hochdorf. — Musik von Ernst Karmann. — Buchbesprechungen von Dr. Adolph Kampffmeyer u. a. Als künstlerische Beilage bringt das Heft ein Portrait von Konstantin Reuener, nach einer Zeichnung von Max Liebermann. Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf. vierteljährlich 1,50 M. Probehefte auf Verlangen kostenfrei durch die Administration.

Kommunale Praxis, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgegeben von Dr. Albert Sabelmann-Berlin. In ihrer neuesten Nummer wiederholt die 'kommunale Praxis' die dringende Mahnung an die Gemeindeverwaltungen, dem Problem der Fleischversorgung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei der unerhörten Haltung der preussischen Regierung unter Gobbeltsch, die für die anderen Bundesstaaten maßgebend ist, bleibt einer gewissenhaften Gemeindevverwaltung nichts anderes übrig, als gleichmütig mit dieser Haltung einzugreifen; neben der sofortigen Aufhebung der städtischen Fleischschläge auf Lebensmittel kommen dafür noch eine Reihe anderer Maßnahmen in Betracht, über die man in der genannten Wochenchrift das Nähere nachlesen mag. — In einem trefflichen Artikel behandelt Dittmer die Arbeiterkassen der Stadt Berlin, auch so ein 'Kammbeschnitt' freilich kommunistischer Sozialpolitik. — Reichhaltig ist auch der Notizenteil der uns vorliegenden Nummer. — Probehefte der Wochenchrift kann man jederzeit gütlich kostenlos vom Verlage der 'Kommunale Praxis', Berlin W. 15 beziehen.

Die Neue Gesellschaft. Heft 21. Einzelheft 10 Pf. Monat 40 Pf. Vierteljahr 1,20. Herausg. Dr. D. Braun u. Alh. Braun. Berlin, W. 45.

Witterungsbericht vom 24. August 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Baromet. Stand, Windrichtung, Windstärke, Regen, Stationen, Baromet. Stand, Windrichtung, Windstärke, Regen. Rows include: Ebnenende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., Wien, etc.

Weiter-Prognose für Freitag, den 25. August 1905. Gleiches Wetter und veränderlich, vielfach wolfig mit Regenschauern und tiefen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 23. August. Elbe bei Muffig - 0,27 Meter, bei Dresden - 1,70 Meter, bei Magdeburg + 1,00 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,00 Meter. — Oder bei Rathor + 0,88 Meter, bei Bredlau Oberpegel + 4,50 Meter, bei Bredlau Unterpegel - 1,85 Meter, bei Frankfurt + 0,88 Meter. — Elbe bei Bredlau bei Bredlau + 2,14 Meter. — Neys bei Wg. — Meter. — Warthe bei Posen - Meter.